Angehörigen Info 63

G 10228 D
29. 3. 1991

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Zum Hungerstreik in Frankreich

Interview mit dem Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe

Das Interview mit den gefangenen Revolutionären in Frankreich wurde von GenossInnen hier aus der BRD schriftlich geführt. Joelle Aubron, Nathalie Menigon, Georges Cipriani und Jean-Marc Rouillan sind seit dem 2. 1. 91 im Hungerstreik gegen Isolation und für Zusammenlegung. Sie führen diesen Streik abwechselnd jede/r eine Woche (genaueres dazu siehe Infos Nr. 58 + 61).

Ihr seid jetzt seit dreieinhalb Jahren unter verschiedenen Formen der Isolation gefangen. Wie waren die Bedingungen am Anfang, was hat sich verändert, und welche konkreten Ziele verfolgt der französische Staat mit den Maßnahmen gegen Euch?

Jean-Marc: Wir wurden Anfang 1987 verhaftet, d. h. mitten in der Reaktion des Staates auf unsere Offensiven und die Angriffe der integralistischen arabischen Organisationen (1) — die Zeit des konterrevolutionären Ausnahmezustands.

Zum ersten Mal seit dem Algerienkrieg wurde die Armee für Polizeioperationen eingesetzt, Sondergesetze (1a) wurden in Schnellverfahren verabschiedet, jeder Übergriff der politischen Polizei wurde erlaubt und gedeckt; eine beispiellose Medienkampagne, die von Aufrufen zur Denunziation, begleitet von hohen Prämien und Fahndungsplakaten, über körperliche Durchsuchungen an öffentlichen Plätzen, die zwangsweise gegen die Bevölkerung durchgeführt wurden, bis hin zu blutigen Provokationen reichte, wie dem Mord an einem Arbeiter in Provins oder das gefälschte Attentat auf das Haus des Richters Bruguière (2), Provokationen, die das Ziel hatten, die Kampagne der Unterwerfung und Vergiftung zu verstärken, die beweisen wollten, daß die Guerilla nicht nur Generäle und Konzernchefs angreift, sondern daß sie auch blinde Attentate begeht, Attentate gegen die Bevölkerung, eine Vergiftung, die durch unsere ganze Geschichte wiederlegt ist, denn wir haben niemals eine einzige Person getroffen, auf die nicht politisch und direkt gezielt wurde.

Unsere Verhaftung wurde schnell zu einer Medien-Show, der Staat machte sie zum Schaufenster seiner repressiven konterrevolutionären Politik an zwei zentralen Achsen:

— Der Staat ist der Stärkere, es ist sinnlos zu kämpfen; — „die Revolutionäre sind nichts weiter als eine handvoll Desperados".

Die Stärke des bürgerlichen Staates, die Schwäche des revolutionären Widerstands — rund um diese beiden Konzepte wurde die politische Haft in der ersten Zeit organisiert.

Der Staat wollte siegen und schnell siegen, um mit der Organisation und vor allem mit der Guerilla, der politischen Praxis des bewaffneten Kampfes, Schluß zu machen. Wir vier standen für beides, die Organisation, als deren Führung wir präsentiert wurden, und die Guerilla. Deshalb wurden wir sofort als Mitglieder der Kommandos beschuldigt, bis hin zu der Posse, uns für ihre sämtlichen bewaffneten Operationen verantwortlich zu machen.

Siegen bedeutet für den Staat, uns kollektiv zu zerschlagen, unsere Politik und unseren Widerstand zu zerschlagen. Dafür hat er die Isolation eingesetzt, die weiße Folter.

Eine Sonderhaft, die geplant war als Versuch, uns zu zerstören und uns für die Demonstration „ihrer Stärke und unserer Schwäche" einzuspannen.

„Ihre Stärke": uns benutzen, d. h. uns zwingen abzuschwören, anzuerkennen, daß der Kampf sinnlos, gefährlich und sogar kriminell ist und folglich die bewaffnete Aktion dem Prozeß der Befreiung zuwiderläuft;

oder uns zerstören: uns auslöschen, uns in die Vereinzelung zwingen, in die Unterwerfung und von da aus unsere Schwäche materialisieren, die Schwäche der Organisation und jedes Militanten, d. h. die Unmöglichkeit des Widerstands.

Die Isolation, die wir in dieser Phase erfahren haben, wuchs aus der repressiven Hysterie; ich kenne die alten Hochsicherheitstrakte und kann sagen, daß zwar die Struktur identisch gewesen ist, die Atmosphäre jedoch von extremer Spannung war, als ob die Haft den Krieg aufgesogen hätte, eine Konzentration des Zusammenstoßes in der Folter.

Georges: Was sich grundsätzlich verändert hat, sind nicht so sehr unsere materiellen Haftbedingungen, aber das Projekt und die Ziele des Staates gegen uns durch die Ausweitung der konterrevolutionären Politik des Staates und besonders auf dem Terrain der politischen Haft.

Vorher hat die repressive Politik Punkte markiert, und verbunden mit dem Rückgang der revolutionären Bewegung hat sich eine oberflächlich befriedete Situation konstituiert, folglich konnte der Staat eine Phase der größeren Normalisierung anfangen, in der der Ausnahmezustand ersetzt wurde durch das Doppelspiel aus Normalisierung / Prävention, das sich nicht nur in einer Demonstration von Befriedung umsetzte, sondern mehr und mehr in der Negation dessen, was gewesen war.

Nicht eine Neuschreibung, nicht das Gedächtnis kriminalisieren, sondern die Negation dieses kollektiven Gedächtnisses des revolutionären



Joelle Aubron

Kampfs.

Die Normalisierung und Negation — das ist die Stille, d. h. auch die Akzeptanz der Stille einzupflanzen.

Und mehr und mehr bildete diese Stille den Raum der politischen Haft, die gesicherte Form der Negation.

Du siehst, das ist nicht nur die Präsentation davon: „Der Staat ist der Stärkere", sondern der Versuch, die Feststellung zu erzwingen: „Es ist nichts passiert", „die Ordnung regiert und ist unveränderbar".

Joelle: Die konterrevolutionäre Reaktion wird durch die Sonderhaft gegen uns vier umgesetzt.

Sie ist durch Neuerungen im Frauengefängnis von Fleury-Merogis charakterisiert. So veränderten sie die Funktion der Isolationsabteilung. Schrittweise haben sie bei uns Sachen angewandt, die für das Frauengefängnis völlig neu waren. Das ging so weit, daß unsere Abteilung einer Isolationsabteilung, wie sie seit Jahren bei den Männern besteht, so weit wie möglich angeglichen wurde; ihr Projekt wurde blockiert, weil sie gezwungen waren, uns beide in demselben Gebäude zu lassen — es gibt nicht viele Frauengefängnisse in der Pariser Region, und es gab keine der DIIR vergleichbaren Strukturen.

Dieses Projekt, das findet man seit dem Ende der 60er Jahre überall im imperialistischen Gefängnis: die Vernichtung der Politik und des Kollektivs, die ausgeht von der Auflösung der Persönlichkeit durch die Isolationsfolter.

Nathalie: Mit unserem Hungerstreik 87/88 (3) haben wir sie, was die Umsetzung ihrer Pläne angeht, in die Defensive gebracht. Selbst wenn wir nur eine teilweise Aufhebung der totalen Isolation erreicht hatten: getrennter Hofgang mit einer / einem sozialen Gefangenen und die Männer in derselben Isolationsabteilung, haben wir sie auf jeden Fall gezwungen, ihre Praxis zu verändern, also nachzugeben. Aber schrittweise ist diese „Errungenschaft" verschwunden. Sehr schnell waren Georges und Jean-Marc wieder in totaler Isolation (November 88), dann im April waren wir dran. In dem gleichen Zeitraum haben wir mehrere Monate unseren neuen Angriff gegen den Staat und für unsere Zusammenlegung entsprechend dem Statut für politische Gefangene vorbereitet.

Auch im Zusammenhang mit dem Kampf der GenossInnen aus der RAF und aus dem Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben also am 21. April 1989 die zweite Phase unseres Kampfes für die Zusammenlegung begonnen. Am 21. Juli haben wir unseren Streik beendet, nachdem wir einige Zusagen vom Justizministerium erreicht hatten: Ende der Isolation, Zugang zu den Gemeinschaftsaktivitäten und -höfen, wie auch Nachbarzellen und gemeinsamen Hofgang für die beiden Frauen auf der einen und die beiden Männer auf der anderen Seite, das Ende der politischen Zensur und die Erlaubnis von Besuchen zwischen uns vier und uns untereinander zu schreiben.

Joelle: Aber konkret, was das Justizministerium in einer Verfügung zu unserer „Wiedereingliederung in die Untersuchungshaft entsprechend dem allgemeinen Recht, das die Strafvollzugsordnung vorsieht", wurde sehr schnell allein auf eine „Mini-Zusammenlegung" von Jean-Marc und Georges in Fresnes in einer Abteilung, in der teilweise Isolation besteht, und von uns in Fleury beschränkt. Wo sie wieder eine Neuerung im Frauengefängnis einführten, um uns herum eine Sonderabteilung einrichteten, die vom „Normalvollzug" abgetrennt ist. Oder die Rekrutierung unserer Migefangenen als mehr oder weniger Freiwillige: „Ruhige" Gefangene wurden ausgesucht. Als Gegenleistung wurde ihnen zugesichert, daß sie zu zweit auf der Zelle sein können, und wenn sie sich mit ihrer Zellennachbarin gut verstehen, können sie ohne größere Probleme zusammenbleiben. Sonst werden im „Normalvollzug" die getrennt, die sich gut verstehen, und sobald sie das herausfinden. Im Gegensatz zu uns haben sie Zugang zu den Gemeinschaftsaktivitäten und -höfen.

So garantieren diese sozialen Gefangenen die Fassade der Normalisierung, die vom Justizministerium in die Medien gepuscht wird, selbst wenn es in dieser Abteilung bei der Sonderbehandlung von uns bleibt: tägliche Durchsuchungen, Sonderzellen, Reduzierung unserer Bewegungsmöglichkeiten auf das unerläßliche Minimum, nach dem Prinzip, uns vom übrigen „Normalvollzug" zu isolieren etc. In der Tat, wie sich im einzelnen die Methoden entwickelt haben, mit denen sie uns erstikken, hängt ab von der Entwicklung unserer Kämpfe. Das konkrete Ziel des Staates bleibt die Vernichtung unserer Politik und unserer Kollektivität, aber sie waren gezwungen, ihre Mittel zu verändern; die Kämpfe greifen die Normalität des Projektes an.

Nathalie: Von der direkten Vernichtung: Folter durch totale Isolation, sind wir zu einer Form fortschreitender Vernichtung durch Ersticken gelangt. Diese beruht auf der Erpressung mit den Haftbedingungen, der Möglichkeit, daß sie verändert werden können, sobald wir von unserer Politik und unserer organisierten Kollektivität abschwören und jeden Gedanken an Angriff für unsere Zusammenlegung entsprechend dem Statut für politische Gefangene aufgeben.

So bieten sie uns ständig die Alternative an: Zerstörung oder Aufgabe-Normalisierung.

Joelle: In dieser Hinsicht betrifft uns die Erpressung nicht. Im Gegenteil, sie offenbart ihre Unfähigkeit, den revolutionären Antagonismus, den wahren Widerspruch des gegenwärtigen Systems in den Griff zu bekommen, ihre Unfähigkeit, eine konterrevolutionäre Politik zu machen, die sich nicht gegen sie wendet. Ihre Politik und Strategie ist die Vernichtung, aber sie haben nicht die taktischen Mittel dazu, und sie handeln Zug um Zug entsprechend dem gesamten Kräfteverhältnis.

Nathalie: Was die Art und Weise aufdeckt, mit der sie jedes Mal auf unsere Kämpfe reagiert haben, ist, daß in der Alternative: Zerstörung oder Normalisierung-Abschwören die Konstante immer die Normalisierung unserer Haft ist, wie auch immer unsere Haftbedingungen aussehen. Als sie unsere totale Isolation nicht mehr normalisieren konnten, haben sie ein komplettes Mischding versucht: eine etwas weniger totale Isolation, das enthob sie einer momentanen Notlage. Jetzt, nach unseren beiden Kämpfen (4), wissen sie nicht nur, daß wir diese Haftbedingungen ununterbrochen bekämpfen werden, sondern auch, daß wir jedes Mal unsere entschlossene kollektive Identität im Kampf für die Zusammenlegung voranbringen.

Die Situation der Gefangenen ist immer eine vorläufige Situation, es sei denn, sie haben ihr politisches Projekt losgelassen. Das gehört zu ihrer Geiselsituation in der Konfrontation Revolution / Konterrevolution.

Unsere gegenwärtigen Haftbedingungen sind eine Normalisierung der Sonderhaft. Die Behauptung von Normalität angesichts der Realität von Sondermaßnahmen. Die Leugnung der Sondermaßnahmen in Permanenz.

Welche Kontaktmöglichkeiten habt Ihr zu anderen politischen und „sozialen" Gefangenen?

Joelle: Wie ich vorhin erklärt habe, haben wir direkten Kontakt nur zu den 14 Gefangenen, die mit uns zum Hofgang gehen.

Natürlich werden die anderen politischen Gefangenen, die in dem M.A.F. (Frauengefängnis) sind, durch die Auswahl, die von der Direktion getroffen wird, systematisch ausgeschlossen. Übrigens werden die sozialen Gefangenen, die in diese Abteilung wollen, nach ihrer politischen Meinung gefragt und danach, was sie über Action Directe denken.

Wir können also mit den anderen politischen Gefangenen nur Briefkontakte haben, mit allem, was das aufgrund der Zensurmaßnahmen an Unwägbarkeiten bedeutet.

Die Kontaktmöglichkeiten sind also sehr begrenzt, und das ist die Kontinuität der Strategie, uns politisch und menschlich zu ersticken.

Georges: Wir beide hier in Fresnes sind in einer Spezialabteilung mit nur vier Zellen, und jegliche Gemeinschaftsaktivität ist uns verboten. Tatsächlich haben wir keinerlei direkten Kontakt zu anderen politischen Gefangenen und nicht einmal zu den übrigen Gefangenen. Von der totalen Isolation sind wir aktuell übergegangen zur „partiellen" Isolation. Der Gefangene oder die Gefangenen — niemals mehr als drei —, die die Möglichkeit haben, mit uns zum Hofgang zu gehen, werden von der Gefängnisverwaltung ausgewählt. In der letzten Zeit haben wir festgestellt, daß angesichts des Scheiterns der Normalisierung die Auswahl die Tendenz aufweist, hier Kranke, Alte oder deutlich psychiatrisierte Gefangene hineinzuzwängen.

Das ist die letzte Phase des Bankrotts der Normalisierung ohne unsere Vereinzelung.

Ihr ward zum Teil schon in den 70er Jahren für einige Zeit im Knast. Wie hat sich allgemein die Situation der politischen Gefangenen seitdem verändert?

Jean-Marc: In den 70er Jahren wurden wir von Sondergerichten verfolgt, Militärgerichte, die direkt aus dem Staatsstreich de Gaulles 1958 und der Unterdrückung der algerischen Revolution stammten. Bei seiner Bildung sollte der CSE (cour de surete de le état, Staatssicherheitshof) ein Regime der Sonderhaft etablieren, eine Umsetzung des Regimes der politisch Verurteilten; aus zwei Gründen: an erster Stelle der permanente Kampf der FLN-Gefangenen und der anderen Militanten, und dann sollte der CSE auch die Spitze der Armee-Generäle verurteilen, die den Staatsstreich von Algier gemacht hatten, und die Gorillas der OAS (Organisation der Geheimarmee, extreme kolonialistische Rechte).

Als ich in den 70ern gefangen war, waren wir alle zusammengelegt in einem Gefängnis, alle politischen Gefangenen aus den verschiedenen Organisationen. Aber schon 1980 hatte sich die Situation etwas verändert, und die verschiedenen Gruppen wurden getrennt, eine von der anderen.

Bei der Amnestie 1981 und der Auflösung des CSE sahen alle den fortschrittlichen Inhalt, ohne die Bedeutung zu sehen für die neue Macht: die Kriminalisierung jeder radikalen Opposition. Wie in allen anderen sozialen Bereichen entpuppte sich die reformistische Partei nicht als die fortschrittliche Partei, als die sie erscheinen wollte, sondern wirklich als Partei der neuen Reaktion, der Modernisierung des Staates und seiner festeren Einbindung in den westlichen Block.

So hat Mitterand bereits 83/84 die europäischen Anordnungen durchgeführt, die von den konterrevolutionären Strukturen wie der NATO gelenkt wurden, und er hat andere neu eingeführt, wie die Überwachung oder die begrenzte Zusammenlegung im „Normalvollzug" ...

84-86, als die Offensiven der Guerilla der Stabilisierung der Macht hier schwere Schläge versetzten, antwortete der Staat mit der Wiedereinführung des Ausnahmezustands, der Sondergerichte, der Folter, der Sonderhaftbedingungen ... Die Regierungen der Rechten und Linken fügten der Reihe nach einen Stein in das Bauwerk der neuen repressiven Struktur.

Was waren die Hintergründe der Amnestien für politische Gefangene 1981 und 1989?

Jean-Marc: Im Winter 81 zeichnete sich der Sieg der Linken klarer ab, es stellte sich eine politische und organisatorische Frage: Wie kann die Umwandlung der Situation angepackt werden angesichts des Kräfteverhältnisses, wie angesichts der Wende, die sich abzeichnete, darin präsent sein, sich politisch stärken, ohne die Grundlagen unseres Engagements und die Basis des revolutionären Prozesses hier in Frage zu stellen?

Wir wußten, daß der Kampf für die Befreiung unserer und der 200 anderen politischen Gefangenen keine Schlacht für die Übergabe sein würde, sondern ein politischer Zusammenstoß mit dem Staat, und daß dieser Zusammenstoß ein Moment der Organisation und Einheit mit der revolutionären Bewegung sein müßte.

20 Jahren lang hatten die Revolutionäre gegen den CSE gekämpft, wir mußten ihm in diesem Moment einen entscheidenden Schlag versetzen, nicht einen Schlag, der der Schlußpunkt eines Kampfes wäre, sondern ein Moment der Kontinuität des gesamten revolutionären Kampfes gegen den Staat und seine repressive Politik.

Der erste Schritt wurde gemacht durch die politische Erklärung der Guerilla für eine Feuerpause, diese Geste löste den Prozeß der Vereinigung der verschiedenen Kollektive der revolutionären Bewegung aus, auf der Basis der Befreiung der politischen Gefangenen „alle ohne jede Bedingung". Mitterand wollte anfangs keine allgemeine Amnestie erlassen, er schlug eine Begnadigung mit Bedingungen vor für die Strafen unter acht Jahren. Das war lächerlich und kam aus der totalen Heuchelei — üblich bei diesem Kerl —, denn die niedrigste Strafe vor dem CSE waren neun Jahre. Diese Maßnahme hätte also nur wenige der politischen Gefangenen befreit und hätte der Sozialistischen Partei zu ihrer Aufwertung und als Mittel zur Spaltung gedient. Der Kampf verdoppelte seine Intensität, im Gefängnis verband er sich mit den Kämpfen der sozialen Gefangenen gegen die Hochsicherheitstrakte und für kollektive Begnadigungen. Aufstände, Hungerstreik, Zusammenstöße bei Demonstrationen ...

Der Justizminister trat zurück, sein Nachfolger Badinter schloß die Hochsicherheitstrakte und gewährte eine kollektive Begnadigung und sprach eine begrenzte Amnestie aus („blutige Verbrechen" blieben ausgeschlossen).

Da das unmittelbare Ziel „alle" war, wurde der Kampf weitergeführt.

Nur Nathalie blieb gefangen, wir hatten ihre Befreiung mit der von ca. 20 anderen revolutionären Militanten verknüpft, die nicht als politische Gefangene anerkannt waren. Die Bewegung verstärkte sich, weitete sich aus, wurde die erste organisierte Bewegung gegen die „Rosa Welle" und die Einsetzung der neuen Macht, gegen die ersten Entscheidungen der Transformation dieser neuen Macht.

Einen Monat später hatten wir die Befreiung aller politischen Gefangenen erreicht und die Auflösung des CSE, ein Kampf ohne Kompromisse, d.h. in der Einheit der Kämpfe für einen revolutionären Prozeß der Befreiung.

Georges: Auch wenn der Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen eine permanente Sache des revolutionären Kampfes ist, ist er natürlich kein Ziel an sich, er muß verbunden sein mit der Entwicklung und Verwurzelung dieses Kampfes. Der revolutionäre Klassenkrieg ist kein linearer Prozeß, kein schneller und ebener Weg, es ist ein langer Prozeß aus Offensiven und Rückschritten, Angriffen und Stellungen — ein dialektischer Prozeß, der die Brüche der wirklichen Bewegung, ihre Umwandlungen und was diese für die allgemeinen Bedingungen des Kampfes zur Folge haben in der revolutionären Aktion widerspiegelt und materialisiert.

Sich richtig an diese Bedingungen anpassen ist zentral, und Anpassung bedeutet natürlich nie Opportunismus oder Liquidation, sondern neue Bestimmung. Die Anpassung der revolutionären Aktionen an eine bestimmte Phase, an die Veränderungen der politischen Bedingungen, ist nicht zu verstehen als ein Aufschub hinsichtlich des Prozesses des revolutionären Krieges, d.h. der Organisation der revolutionären Gewalt des Proletariates in der Eroberung der politischen Macht.

1981 hatten wir die politische Kraft, diesen Kampf zu führen und ihn wirklich zu gewinnen, d.h. als Moment und Entwicklung der revolutionären Bewegung; 1989 war die Situation die, daß dieser Kampf nicht ohne wesentliche Konzessionen geführt werden konnte, so hat sich die Kontinuität gegenüber dem Bruch durchgesetzt. In einer anderen Phase muß die revolutionäre Lösung ganz anders sein, ganz einfach.

Es gehört zum guten Ton, in die Luft zu rufen: „Die Amnestie der politischen Gefangenen ist nur die Lösung der Bourgeoisie für den bewaffneten Kampf" und andere Parolen des Doktrinarismus und der extremistischen Unbeweglichkeit, „Radikalität des Marktes", wie wir hier sagen.

Unbeweglichkeit, die eine Bewahrung des revolutionären Kampfes sein will, des Geistes des Kampfs, seiner Notwendigkeit, die aber in bestimmten Fällen absolut gegensätzlich sein kann zum gewollten Effekt und zum Totengräber dieses antagonistischen Geistes werden kann. Man muß diesen hohlen Formeln mißtrauen und diesen Positionen aus reinem Prinzip, die von den realen Notwendigkeiten der Situation und ihrer Transformation weit entfernt sind, sie werden vom Staat leicht gegen die Einheit der revolutionären Kräfte und gegen den Kampf selbst gewandt. Der ständige Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen ist eine Konfrontation, in der die Einheit und die Solidarität der Klasse gegen die Unterdrückung und Repression des Staates lebt. Er ist also Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation.

Nathalie: Konkret hat die Amnestie unsere politische Aktivität — die revolutionäre Aktivität für die Einpflanzung der „Roten Macht" (Gegenmacht — wie Ihr es bei Euch begreift) in den Fabriken, Vierteln, Streiks, Besetzungen von Wohnungen und Häusern ... weder geschwächt noch gebremst.

Es war nicht einfach eine Rückkehr zu diesem Kampf nach einem Umweg über den bewaffneten Kampf, nein, ganz und gar nicht, wir haben uns in diesem unmittelbaren Kampf gestellt mit zwei im bewaffneten Kampf geschmiedeten Kräften: Organisation und revolutionäre Politik.

— Revolutionäre Aktivität gegen den Opportunismus und die Liquidation; die „eitlen" und die „alten Kämpfer" konkret konfrontieren, die die Amnestie als Lift verstanden für die Institutionalisierung und als Tribüne für die Liquidation des bewaffneten Kampfs. Tatsächlich hat die Amnestie es vielen Militanten ermöglicht, die Waffen niederzulegen, abzuschwören. Aber das lief meistens reibungslos, ohne daß es vom Staat oder den Medien benutzt wurde. Die Guerilla ging gestärkt aus diesen Verlusten hervor, und niemals konnten die individuellen Rückzieher als ein politisches Projekt präsentiert werden.

— Revolutionäre internationalistische Aktivität. Der Kampf in den Ghettos führte uns zum internationalistischen Kampf, zu einer neuen Qualität, zum gemeinsamen Kampf mit den libanesischen und palästinensischen Genossen, den türkischen Organisationen und vor allem da-

zu, die Realitäten der Ausdrücke des Metropolenproletariats ... seine widersprüchlichen und komplexen Ausdrucke zu vermitteln; d.h. auf den strategischen Plan bezogen, praktisch das Konzept der revolutionären Front voranzubringen, das allein fähig ist, die Einheit jeder Realität der Autonomie dieses Proletariats im Zentrum zu verwirklichen, mit dem Internationalismus als unmittelbarer revolutionärer antiimperialistischer Politik.

Die Amnestie '81 war das Ergebnis eines revolutionären Kampfes, und sie hat eine bestimmtes Phase dieses Kampfes eröffnet. Wir haben vielleicht Irrtümer begangen beim Erfassen der Problematiken dieser Periode, vor allem aufgrund eines Mangels an Erfahrung und der Härte in der Massenarbeit, sicherlich „Sofortpolitik" und „Bewegungspolitik", d.h. auch eine Unterschätzung der Kluft, die der Konfrontation inhärent ist, clandestine Aktion von Kommunisten auf der einen Seite und Legalität-Institutionalisierung auf der anderen Seite, das alleinige Terrain des bürgerlichen Staates und seine Verrechtlichung der Politik.

Aber gut, das ist in einigen Zeilen schwer zu erklären, das Wesentliche ist, auszudrücken, daß, wenn die Befreiung der politischen Gefangenen integriert ist in den Kampf der revolutionären Bewegung, nicht als sein Ende oder ein abstraktes Ziel, sondern als Kampf gegen den Staat, dann kann diese Befreiung keine politische Lösung der Bourgeoisie für den Prozeß des revolutionären Krieges sein.

Joelle: 1989 enthielten die Amnestien ein falsches Prinzip, der Staat — gezwungen durch das historische Datum der 200-Jahr-Feier der französischen Revolution — mußte ein Amnestie-Spektakel machen. Unter dem Druck der lokalen Kämpfe hat er sie umgedreht gegen die Gesamtheit der politischen Gefangenen, indem er die Amnestie auf der Spaltung aufbaute.

Konkret wurden drei Kollektive politischer Gefangener amnestiert: die Kanaken, Korsen und die von den Antillen.

Drei andere Kollektive wurden ausgeschlossen: die Basken aus Nord- und Südeuskadi, die Palästinenser/Libanesen und wir. Alle politischen Gefangenen, wir auch, wurden sogar von den Vergünstigungen, die allen Gefangenen gewährt wurde, wie 88 zur Präsidentenwahl und wie 90, ausgeschlossen. Der Rückzug/Rückgang der revolutionären Bewegung, der Stillstand der revolutionären Aktivität erlaubte es nicht, eine Schlacht mit dem Ziel der Befreiung der politischen Gefangenen zu eröffnen, eine Schlacht, die nicht nur defensiv wäre.

Gibt es in Frankreich, ähnlich wie in der BRD, Sondergerichte und Sondergesetze zur Bekämpfung radikaler Opposition?

Jean-Marc: Wie ich oben sagte, wurde wir bis '81 direkt durch die Armee verurteilt, Ausnahmevefahren wie bei den Kriegsgerichten in Spanien, aber tatsächlich nicht angepaßte und überholte repressive Strukturen, die nicht länger zum aktuellen ideologischen Bild des Staates und seiner Integration in Westeuropa paßten.

Das ursprüngliche Projekt der sozialdemokratischen Regierung war es, einen solchen Grad an Befriedung zu erreichen, daß keinerlei Sonder-/Ausnahmestrukturen mehr notwendig wären für die Unterdrükkung der Klasse, jede soziale und revolutionäre „Abweichung" wäre nur noch Kriminalität, mehr oder weniger kollektiv. Aber die Realität des Kampfes, des Klassenkriegs ist völlig anders, und '86 mußte der Staat seine repressiven Ausnahmestrukturen erheblich weiterentwickeln bis hin zu den Sonderabteilungen. Eine symptomatische Tatsache: In zwölf Jahren Aktivität gab es nur einen einzigen Prozeß gegen uns vor einem „normalen" Gericht: 1983, als Joelle und ein algerischer Genosse verurteilt wurden wegen des Angriffs gegen Einrichtungen des israelischen Verteidigungsministeriums — seine europäische Antenne — durch ein gemeinsames Kommando mit türkischen Revolutionären.

Zuerst, seit 1982, verbot die Regierung unsere Organisation, dann führte sie gegen uns ein sehr, sehr altes Gesetz wieder ein, das gegen Ende des letzten Jahrhunderts eingeführt worden war, um gegen die Arbeiterbewegung zu kämpfen, besser bekannt als „schändliches Gesetz" (loi scélerate) in den Büchern der Sozialgeschichte; es drückt sich aus über den Begriff des kollektiven Delikts, des politischen Delikts. In den neuen Gesetzen, die es noch verschärften, wurde seine allgemeine Benennung „Vereinigung von Verbrechern" verbunden mit dem modernen Begriff des „Terrorismus" — eine Verbindung, die gut der Idee entsprach, die von den internationalen repressiven Instanzen diktiert wurde: „ideologische Kriminalität"!!!

Die Entscheidung, die Anklage mit diesen Worten zu formulieren, ist äußerst politisch, z.B. wenn die revolutionären Organisationen wegen ihrer Angriffe gegen die bürgerliche Oligarchie als „terroristische Vereinigung" klassifiziert werden, was auch für die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegungen gilt; was die faschistischen Organisationen angeht, ob es die Gruppen der extremen Rechten sind, wie jene, die für zahlreiche rassistische Attentate gegen immigrierte Arbeiter an der Cote d'azur verantwortlich sind, oder auch die GAL („Antiterroristische Befreiungsgruppen") mit parapolizeilicher Struktur, die sich zu Dutzenden von Morden an baskischen Militanten und Flüchtlingen bekannt hat, so unterliegt keine der Sondergerichtsbarkeit ...

Die Sondergerichtsbarkeit (sections spéciales) bedeutet, wie jede Ausnahmejustiz, eine Verstärkung der polizeilichen Macht: spezielle Strukturen, politische Polizei, Verbindung mit der Armee und den Geheimdiensten und anderen Geheimpolizeien und noch eine Verstärkung der Sonderverfahren und der Sondermethoden, Verlängerung des Polizeigewahrsams, Zentralisierung aller Angelegenheiten in Paris ... (so werden die Militanten aus den Kolonien, wie die von den Antillen und die Kanaken, in die französischen Gefängnisse deportiert).

Untersuchungsrichter in einer „verbunkerten" Struktur versammelt, Schwurgerichte mit „professionellen" Geschworenen (das sind die gleichen Richter).

Ein anderer Punkt: die rückwirkende Kraft der Gesetze. Z.B. haben die Gerichte Sachen, die manchmal jahrelang zurücklagen, mit den Gesetzen abgeurteilt, die im September 1986 eingeführt wurden. Es ist offensichtlich gut, die direkte Verbindung herzustellen, die zwischen dieser Gerichtsbarkeit und der Sonderhaft besteht, der die Angeklagten unterworfen sind — Sondergerichte, Folter, Isolation, Erpressung, Kuhhandel ... Nach den Militärs des CSE sind die Spezialabteilungen der „zivilisierte" Ausdruck des aktuellen konterrevolutionären Justizterrors.

Gegen Euch liefen schon mehrere Prozesse. Wie waren Eure Erfahrungen darin; welche Möglichkeiten hattet Ihr zu einer politischen „Verteidigung"? (5)

Nathalie: Die Spezialabteilungen sind politische Gerichte, jeder Prozeß ist unterschiedlich entsprechend der politischen Realität, der er entgegentritt, und den Phasen der Repression entsprechend. Mit uns mußten sie bis heute — wie Jean-Marc das bei der ersten Frage beschrieben hat — diese Vorführung machen: „die Stärke des Staates und die Schwäche des Widerstands"; die Prozesse gegen uns waren bis zur Krankhaftigkeit das spektakuläre Schaufenster davon. Auf der anderen Seite wurde jeder Prozeß an dem staatlichen Willen ausgerichtet, die Organisation, ihre Realität, auf uns vier zu reduzieren.

Und das war sowohl zwingend als auch bequem für sie, es begünstigte die juristischen Possen, die sie in Szene setzen mußten, während sie nämlich die wirklichen Beteiligungen nicht im einzelnen nachweisen konnten, hält der Bilderbogen über uns als Kern den Schein aufrecht über eine schwammige Verallgemeinerung. Aber noch wesentlicher war es für sie, jede politische Realität zu negieren, jede Eigenart der revolutionären Aktion und Organisation, die Aktivität der Guerilla reduzieren auf die Agitation eines kleinen paranoiden Kerns „ideologischer Krimineller".

Joelle: In einem Land wie Frankreich, das die Künstlichkeit der Demokratie als heilig verehrt, muß das Ausnahmerecht sowohl den Gegner ausschalten — die sections spéciales verhängen im allgemeinen die Höchststrafen, die vom Gesetz vorgesehen sind —, als auch sein Bild von der „Rechtsprechung" absichern, also nur für „Verbrechen" Urteile fällen, aufgrund präziser „Tatsachen" ... Wobei das Ausnahmegericht jede Politik leugnet, sowohl die, deren Ausdruck es ist, als auch die des Militanten, den es verurteilen will — und das geht bis zur extremen Karikatur; indem sie es beim Ziel der Kriminalisierung vorzogen, das allgemeine Recht nachzuäffen, wurden die Verfahren nichts anderes als chaotische Possen auf der Basis frisierter Akten, falscher Beweise, falscher Gutachten ...

Angesichts dieser spektakulären Manipulation haben wir uns entschieden, keine der juristischen und polizeilichen Konstruktionen zu widerlegen, um alle unsere Interventionen darauf zu konzentrieren, die Positionen des Bruchs und die revolutionäre Kritik zu bekräftigen, die Notwendigkeit der Organisierung der Kommunisten und der Guerilla.

Wir müssen sie konfrontieren, indem wir ihnen das Recht absprechen, über uns und die revolutionäre Aktion zu urteilen. Die Karikatur aufdecken, die diese administrative Justiz darstellt, deren einziger Ausdruck die Eliminierung der Militanten ist, nicht für das, was sie indivi-

duell getan haben, aber aufgrund der politischen Gefahr, die sie darstellen, indem sie sich organisieren und gemeinsam kämpfen, außerhalb des Rahmens und der Gesetze, die von der Klassenhegemonie aufgezwungen werden. Das war unsere Haltung bei den ersten Prozessen, aber wir machen daraus keine absolute Position für die anderen Militanten; ausgehend von den einzigen Prinzipien: keine Kollaboration mit der Justiz, keine Individualisierung — denken wir, daß jeder Prozeß mit dem einen Leitgedanken angepackt werden wollte: Wie können sie bekämpft, wie können sie auf diesem Terrain besiegt werden, das sie gesetzt haben.

Wenn es nach dem Willen des französischen Staates geht, solltet Ihr noch mehrere neue Prozessse kriegen, in denen Ihr wegen fast aller Aktionen von AD aus der Zeit 84-86 angeklagt werdet. Welches Ziel verfolgt der Staat damit in der aktuellen politischen Situation?
Nathalie: Wir werden nicht wegen aller Aktionen von Action Directe aus der Zeit von 84-86 angeklagt. Wenn man „fast alle" zu dieser Auslese sagt, dann gibt das nicht ihr Wesen wieder. Wie wir schon bei der vorigen Frage betont haben, stimmt diese Auslese mit dem Willen des Staates überein, die Realität der Organisation auf uns vier zu reduzieren, auf eine kleine Gruppe von „ideologischen Kriminellen". Im allgemeinen erfordert die Situation das Bild von einem „Rechtsstaat gegen die Barbarei", und damit wird das Recht — auch da im allgemeinen — durch das Ausnahmerecht zu einer Karikatur seiner selbst. In seiner Klassenfunktion wird es immer mehr zum Recht der Bourgeoisie, zum Recht des Unterdrückers.

Der andere Aspekt der Auslese bei den Anklagen gegen uns ist die Trennung, die sie zwischen den Aktionen machen, zu denen sich die kämpfenden Einheiten und zu denen sich die Kommandos bekannt haben. Als erstes hat diese Trennung das Ziel, die Aktionen der Kommandos aus ihrem Zusammenhang zu lösen, d. h. ihnen jede politisch-strategische Bedeutung zu nehmen, sie aus ihrer theoretisch-praktischen Konzeption herauszureißen, wonach es ihre Aufgabe ist, die politische Kampagne zu führen, in der Strategie des bewaffneten Kampfes bestimmt.

Andererseits geht es auch — weil die Aktionen, die von den Kommandos ausgeführt wurde, Exekutionen oder versuchte Exekutionen waren — um das Verhältnis zur revolutionären Gewalt, das sie verdrehen wollen. Während wir wegen aller Attentate angeklagt werden, zu denen sich die Kommandos der Organisation bekannt haben, waren die beiden einzigen Aktionen der kämpfenden Einheiten, wo es für sie wichtig war, uns da mit einzubeziehen, Bombenanschläge, potentiell „blutige Verbrechen", was kein Zufall ist. Ob es das Auto am Sitz der WEU war, das einen Sprengsatz enthielt, oder der Angriff gegen Interpol (ein verletzter Polizist), diese beiden Aktionen werden wie Exekutionen bewertet.

Joelle: Diese Trennung soll auch Prävention sein. Die Exekution eines Militärs oder eines Unternehmers soll sich nicht verbreiten, und sie müssen dieser Möglichkeit zu kämpfen entgegentreten. Mit dem psychologischen Krieg läuft z. B. der Versuch, den objektiven und subjektiven Bezug zum Klassenkrieg in den Bereich der Moral und der Emotionen zu verlagern, in der Hoffnung, jedes Verstehen von revolutionärer Gewalt in einem politisch bestimmten Rahmen zu verhindern.

Niemand soll sich in unseren Aktionen wiedererkennen können. Deshalb strengen sie sich an, ihren Inhalt verschwimmen zu lassen, in eine Dimension zu bringen, die der Klassenkonfrontation äußerlich ist — so lenken sie die Aufmerksamkeit, die ein Todesfall erregt, auf rein spektakuläre Dinge.

Damit hoffen sie, jeden objektiven Prozeß von Guerilla und Widerstand, jeden Prozeß proletarischer Befreiung, jede Möglichkeit, sie außerhalb der vom Staat erlaubten und beherrschten Räume zu bekämpfen, für nicht existent zu erklären. Die revolutionäre Gewalt stellen sie dabei als die „letzte Barbarei in der Demokratie" dar. Das „Recht", ihr „Recht", soll für sie herrschen, die Tötung ist immer und allein die legitime Waffe der Staatsräson. Die Staatsräson, die im „Rechtsstaat" inbegriffen ist — ihnen gehört das Recht zu töten.

Die Auswahl der Attentate, wegen denen wir angeklagt werden, hat durchaus auch eine symbolische Seite. Wenn die Gewalt immer Eigentum des Staates bleiben soll, geht es in den Prozeßspektakeln nicht nur um diese Enteignung, sondern auch darum, das „blutige Verbrechen" den Begriff der ideologischen Kriminalität, als Motto voranzustellen. Was heute ein unerläßlicher Ausgangspunkt für die Behandlung der politischen Gefangenen ist und die so vorangetrieben wird. Mit der Auswahl der Anklagen gegen uns werden drei Elemente der Negation der Guerilla abgedeckt:

— die Reduzierung ihrer Aktivität auf einen Kern von „pathologischen Kriminellen";
— die Verzerrung der politisch-militärischen Kampagnen;
— die Manipulation des vergossenen Blutes ins Spektakuläre.

Die Prozesse sind für den Staat Momente der Umsetzung verschiedener Taktiken, die sich in die konterrevolutionäre Strategie der westeuropäischen Mächte einschreiben. Negation der Politik der Guerilla, Negation der Realität und der Möglichkeit der politisch-militärischen Organisation, psychologischer Krieg gegen das Proletariat und die revolutionäre Bewegung, um jedes Verstehen und jede Aneignung der revolutionären Politik und Praxis der kommunistischen Guerilla zu verhindern.

Ihr habt mit zwei großen Hungerstreiks für die Zusammenlegung entsprechend dem politischen Statut gekämpft. Warum bezieht Ihr Euch auf dieses Statut, welche Bedeutung hat es in der Geschichte der Gefangenenkämpfe in Frankreich?
Nathalie: Um zu verstehen, warum wir uns auf das Statut (SPP) beziehen, muß man es auf der einen Seite zuerst in den „französischen" Zusammenhang stellen, also auch als historischen Bezugspunkt und gerade als Funktion der Zusammenlegung verstehen.

Ein Bezug sowohl zu einem historischen Zusammenhang als auch zu einem bestimmten Niveau der Konfrontation und einer internationalen Dimension des Statuts hier, wie das schon bei der Frage zu den Gründen, warum es früher „akzeptiert" wurde und dann verschwunden ist, genannt wurde. Das Statut entsprach der Konstante in der Geschichte der Bourgeoisie: Negation, die übrigens über die westeuropäische Integration mit Verfälschungen und mit den Versuchen, 20 Jahre bewaffneten Kampf in den Metropolen zu leugnen, zuerst nach den Direktiven der NATO und dann der TREVI-Gruppe verstärkt wurde.

In Frankreich wurde die Kriminalisierung jedes Prozesses des organisierten Bruchs seit 1981, besonders unter der Führung der Sozialdemokraten, betrieben. Langsam verschwand die Anwendung dieses Statuts, für das nach '68 sowohl die Militanten der proletarischen Linken, ob Anarchisten oder die GARI's, wie auch verschiedene nationale Befreiungsbewegungen — Bretonen, die von den Antillen, Korsen, Basken . . . — nicht aufgehört hatten zu kämpfen. Letztere fordern übrigens auch weiterhin seine Anwendung. Als das Statut nicht mehr angewandt wurde, hieß das konkret, daß die minimalen Bedingungen für ein politisches Leben verschwanden, z. B. die regelmäßigen Zusammenkünfte zwischen den gefangenen Militanten wurden abgeschafft, auch der freie Briefverkehr (ohne politische Zensur) und die Möglichkeit der Kommunikation mit draußen über tägliche Besuche. Wohingegen die Strategie der Zerstreuung, der Differenzierung und der Isolation wieder aufgenommen wurde. Und 1986 wurde sie mit der Einführung neuer Anti-Terror-Gesetze und den Sonderabteilungen nur noch verschärft, mehr als jemals zuvor.

Deswegen auch der zweite Grund, warum wir das SPP aktualisieren: Von Anfang an war klar, daß wir als kommunistische Militante uns weigern, uns dieser Strategie und dem, was sie vertrat, zu unterwerfen, so wie wir auch im Rahmen unserer Mittel das Niveau der Konfrontation, das unsere Organisation durch ihren politisch-militärischen Kampf erzeugt hatte, übernehmen und fortführen wollten — also wurde natürlich das SPP als Funktion für die Zusammenlegung, die Entmystifizierung und die Enthüllung ein Ausdruck unseres Kampfes. Damit knüpften wir übrigens an die Analyse an, die unsere Organisation seit April 84 hatte, als sie in einer Erklärung die Aufgaben festhielt, die das impliziert:

„Der *erste* Punkt des Kampfes der Gefangenen ist sehr klar: das gute sozialdemokratische Gefängnis entmystifizieren;

der *zweite*: sich die Waffen aneignen, um drin zu kämpfen, d. h. mit dem SPP die Zusammenlegung erreichen, mit allen Mitteln;

der *dritte*: ihre Kämpfe verbinden mit den kommunistischen Gefangenen in Westeuropa;

der *vierte*: sich befreien."

Das ist sowohl dafür bestimmt, auf der Ebene des Gefängnisses die organisierte Realität der gefangenen Militanten wiederaufzubauen, als auch, um reale Veränderungen voranzubringen. Das alles als Funktion des Aufbaus eines Prozesses von Kämpfen, die dynamisch sein sollen für den gesamten Aufbau eines Raums des Widerstands. Es ist also wirklich falsch, sich auf das SPP als auf eine Forderung an und für sich zu beziehen, die gelöst ist von dem konkreten Zusammenhang, in dem jeder Kampf abläuft, und vor allem von seinen Zielen. Im Gegenteil, man muß diesen Bezug so verstehen, daß er voll und ganz mit allen unseren Aufgaben im Gefängnis verbunden ist und damit hauptsächlich mit unseren

Forderungen: Zusammenlegung, Schließung der Isolationsabteilungen verstärkter Sicherheit, wie auch Auflösung der Ausnahmegerichte, Aufhebung der Sondergesetze von 86.

Was für uns interessant ist am SPP, ist also völlig funktionell: es bei jeder Gelegenheit in die reale Dimension des Zusammenstoßes zwischen Proletariat und Bourgeoisie hineinbringen, d.h. auf unserem Niveau Bewußtsein darüber zu schaffen, daß es real politisch eingesetzt wird, und es damit als Hebel von konkreten und dynamischen Veränderungen für den ganzen revolutionären Prozeß zu nutzen.

Georges: Für uns muß diese Funktion wirklich in den Zusammenhang damit gebracht werden, daß die Konterrevolution sich völlig mit einem Komplex von Widersprüchen belastet, weil es für sie unerläßlich ist, die revolutionären Gefangenen zu leugnen und auszuschalten. Sobald die Widersprüche durch den Kampf an Dynamik gewinnen, machen sie die außerordentlich politischen Absichten der Haft offen und vermitteln konkret den Scheincharakter der bürgerlichen Demokratie. Deshalb hat die Forderung Zusammenlegung mit dem Bezug zum SPP auch das Ziel, die Frage der politischen Haft bis zum äußersten Widerspruch zu treiben und unauflösbar zu machen.

Aber was uns insgesamt interessiert und warum die Frage SPP oder nicht in keinem Fall von unseren ganzen Aufgaben hier losgelöst werden kann, ist der Punkt, daß es dafür zu verwenden ist, den immer fiktiveren, reaktionären Charakter der bürgerlichen Demokratie aufzudecken, die nicht einmal mehr radikale Opposition tolerieren kann (selbst gefangen), weil die Widersprüche in ihrer Verallgemeinerung empfindlicher geworden sind. Es gibt keinen Bereich, der, sobald er ein bißchen sensibel wird, die anderen nicht mehr oder weniger schnell entzündet, aber auch aus diesem Grund eine Rigidität der herrschenden Klasse, sie wird immer empfindlicher.

Diese Realität wirkte sich auf die Gefangenen bezogen bereits in den Jahren 85/86 in einem auf zwei Ebenen sehr rigiden Haftsystem aus, trotz seiner scheinbaren Flexibilität. Eine allgemeine, gemeinsame Ebene, eingesetzt, um die Normalisierung zu etablieren — die Befriedung. Also, anders gesagt, die Gefangenen, jeder Gefangene soll angeblich individuelle Interessen in einer Normalität verstehen und verwalten. Andernfalls, wenn er es nicht versteht, wird er auf die zweite Ebene verlegt — die Isolation — die Normalisierung erzwungen durch die verstärkte Sicherheit ... Nur um auf diese oder jene Art die zu gefährlichen „Auswüchse", die das produziert, zu eliminieren (der Direktor von Fleury-Merogis 87: Wie in der Armee haben wir Anspruch auf 7 % Ausfälle/Verluste).

Für die revolutionären Militanten, die politischen Gefangenen, läuft es tatsächlich in der Regel umgekehrt, und es ist in der Isolation, wo der Militante den Beweis seines Willens und seiner Fähigkeit bringen soll, sich einzufügen in die Normalität, sie zu verwalten, befriedet zu sein, um dann aufzusteigen auf die Ebene der allgemeinen Haft.

Denn die politische Haft existiert nur noch als Vorzimmer der Eliminierung oder des Abschwörens und der kriecherischen Distanzierung, und auch dagegen steht die Aktualisierung des Bezugs auf das SPP und seine Funktionalisierung.

Ja, aber welche konkrete Bedeutung hat ein solches Statut in der Geschichte der Kämpfe der Gefangenen in Frankreich?

Joelle: Zuerst muß man über eine sehr umstrittene Geschichte reden. Dafür gibt es viele Gründe. Vieles drehte sich um die Kritik, es würde eine Differenzierung darstellen, die es historisch geschaffen hätte, in Anbetracht der Bedingungen für die politische Arbeit in der Haft, die die Militanten erkämpft hatten und mit ihren Kämpfen verteidigten. Die Verwaltung bemühte sich natürlich, diese Bedingungen als Privilegien darzustellen, um jede Einheit im Kampf zwischen den Gefangenen zu zerschlagen. Aber einerseits sind diese Bedingungen für die Militanten seitdem verschwunden, ohne daß es deswegen eine Lösung für die Differenzierung gegeben hätte, die im Gegenteil sogar noch verstärkt wurde, während die Trennung und Spaltung durch Isolation noch zehnmal mehr geschieht als jemals zuvor. Und andererseits — viele kommen nicht dahin zu sehen und zu begreifen, daß jeder Kampf, der sich auf das Statut bezieht, als Motor gedient hat oder dienen kann, vielleicht gerade wegen des widersprüchlichen Aspektes, den dieses Statut hervorruft. Um Dir eine Vorstellung zu geben, was es unmittelbar konkret bedeutet, zwei Beispiele.

Einerseits gab es über eine Periode von ca. zehn Jahren bei der Gesamtheit der Gefangenen, die heute im „Normalvollzug" sind, eine Verbreitung des Zugangs zum Inhalt des SPP, das die algerischen Kämpfer mit ihren Hungerstreiks in den Jahren 59-61 durchgesetzt hatten. 20 Jahre lang hat also dieses SPP praktisch funktioniert als Orientierungspunkt, Mittel und Hebel von Widersprüchen und Kämpfen und so der Organisierung und Einheit aller Gefangenen, um den wesentlichen Inhalt des SPP zu erobern, trotz allem.

Die scheinbare Ungleichheit, die es ursprünglich darzustellen schien, hat also als Brennpunkt der Kämpfe gedient, und noch weiter, einer neuen Gleichheit. Denn von Anfang an war die Bestimmung von denen, die es erkämpft hatten, gegen den imperialistischen französischen Staat gerichtet, und immer in einer Sichtweise der Befreiung — also kämpfen, um sich wieder Bedingungen minimaler politischer Militanz in der Haft anzueignen.

Georges: Ein anderes Beispiel ist das der positiven politischen Funktion, die es für alle Kämpfe haben kann.

So gab es im Sommer und Herbst 87 mehrere Kämpfe „sozialer" Gefangener in verschiedenen Knästen, die sich bis zur Meuterei im Knast Saint Maur im November 87 steigerten. Aber alle diese Kämpfe gegen die Isolation und die im Knast erfahrene Vernichtung blieben, trotz der Tatsache, daß sie eine ziemliche Unruhe in den Medien und der „öffentlichen Meinung" verursachten, zugleich doch eingegrenzt im Spektakulären und waren reduziert auf die Ebene der „gesellschaftlichen Ereignisse", ohne also eine politische Dimension erreichen zu können, die allein die Maßnahmen der Isolation wirklich auf den Begriff des Verständnisses und der weiten und tiefen Denunzierung bringen kann, die zugespitzt war: Die politischen Ziele, die die Bourgeoisie mit den Gefangenen und besonders der Isolation verfolgt, standen zur Debatte.

Aber tatsächlich war es durch den Hungerstreik, daß diese Dimension realisiert werden konnte, und das grundsätzlich, weil wir als politische Gefangene gekämpft haben, während wir selbst dieser totalen Isolation unterworfen waren. Das wurde auch offensichtlich durch die verschiedenen politischen Methoden und Maßnahmen, die von allen Seiten im ersten Streik losgingen und die schließlich ganz klar wurden in den erzwungenen Äußerungen von Arpaillange einige Monate später, als er unterstrich, daß „Isolation Folter ist" — ebenso wie durch ihre gezielte Anwendung, die darauf folgte — was Rocard danach ausdrückte mit seinen Maßnahmen — als Betonung der allgemeinen Konfrontation.

Es ist also evident, daß diese Äußerungen und Maßnahmen allein das dynamische Ergebnis der verschiedenen Kämpfe der „sozialen" Gefangenen und des Niveaus, der politischen Dimension waren, auf die der Streik das Ganze heben und zusammenfassen konnte; um es anders zu sagen: das Ergebnis ihrer dialektischen und widersprüchlichen Konvergenz.

So kannst Du konkret verstehen, welche Funktion der Kampf für das SPP für uns hat, aber es versteht sich von selbst, wenn es weiter Kritik gibt, dann immer nur auf der Ebene des Kampfes — denn wenn nicht, was sollte die Bedeutung und das Ziel dieser Kritik sein?

Und sicher, wie wir schon sehr klar formuliert haben bei unserem ersten Streik, es kann sich nicht um eine Forderung handeln für oder gegen dieses oder jenes ministerielle Dekret oder um die Anerkennung von was auch immer durch den Staat.

Unsere Identät als Kommunisten, als politische Gefangene heute wird weiter geschmiedet im Kampf gegen unsere Isolationsbedingungen und für die ZL der gefangenen Militanten — auch auf dem Terrain der politischen Haft.

Was versteht Ihr unter politischer Haft im Verhältnis zur Konfrontation?

Georges: Die politische Haft ist das Terrain permanenter Konfrontation, und da gibt es keine Situation, die neutral ist oder außerhalb des Kräfteverhältnisses zwischen dem Willen des Staates, sich durchzusetzen, und dem Widerstand der gefangenen Militanten.

Der Staat will den politischen Gefangenen mit Unterwerfung und Vereinzelung dazu zwingen, daß er leugnet, ein politischer Gefangener zu sein, und ihn so als Geisel für seine jeweilige konterrevolutionäre Politik und Planung verfügbar machen.

Das Kollektiv der gefangenen Militanten muß dieses Terrain der Konfrontation offen machen und materialisieren, um sich als Einheit im Kampf und wirklicher Widerstand zu behaupten. Das bedeutet, eine Front der Kämpfe, einen Kampf unter anderen Kämpfen der revolutionären antagonistischen Bewegung zu eröffnen und lebendig zu machen. Seit vier Jahren hat unser comité im Gefängnis zahlreiche Kämpfe initiiert und daran teilgenommen — ganz verschiedene Kämpfe, je nach Si-

tuation und je nach Ziel, aber alle standen in einem Verhältnis zur Kollektivierung und zur Konfrontation mit dem Staat.

So mußte sich unser erster Streik von Dezember 87 bis März 88 dem „Ausnahme"zustand und den anfänglichen Zielen der sections spéciales gegen unser Kollektiv entgegenstellen.

Sie benutzen die Isolation und die Folter, um uns zu brechen, zu vereinzeln und uns von der revolutionären Bewegung draußen zu trennen. Wir haben sie mit einem sehr harten und sehr entschlossenen Kampf in den Isolationsabteilungen konfrontiert. Ein Kampf, der die Mauern überschritten hat und zu einer breiten Kampagne gegen die Isolation und gegen die Pläne zu unserer Eliminierung geworden ist.

Andererseits hatten sie große Prozeß-Spektakel aufgezogen, „antiterroristische Propaganda-Shows". Als sie die trotz unseres Steiks weitergeführt haben, uns auf Tragbahren, halb bewußtlos und unter Infusionen hineinschaffen ließen, haben sie sich als wahre Ausnahmegerichte entlarvt — die Masken sind gefallen. Mehr noch, als sie in den Anklageboxen verschiedene Wirklichkeiten der revolutionären Bewegung mit einer Verquickung von Strafsachen versammelten, versuchten sie aufzuzeigen, daß wir sogar in dieser Bewegung isoliert sind, wollten uns gegeneinander ausspielen. Aber das gab eine bittere Niederlage für sie, denn wir bildeten eine solidarische Front, ohne Riß während des ganzen Prozesses.

Nathalie: Ein anderer wichtiger Punkt dieses Kampfes war die Bestimmung und Bekräftigung der Einheit der beiden grundlegenden Forderungen hier, die heute allen politischen Gefangenen in Europa gemeinsam ist: „Gegen die Isolation, für die Zusammenlegung". D.h. in Frankreich für die Schließung der Isolationsabteilungen verstärkter Sicherheit und die Zusammenlegung kämpfen, die wir mit dem SPP verbinden, als historische Forderung der gefangenen Militanten in diesem Land.

Die Aktualisierung dieser beiden Forderungen hat innerhalb und außerhalb der Gefängnisse eine sehr breite Debatte ausgelöst, sowohl zwischen allen Wirklichkeiten der Bewegung wie in allen Kollektiven von politischen Gefangenen. Sie haben auch sehr schnell die höchsten Perspektiven des Kampfes repräsentiert: den Bruch der Planungen für den „Ausnahme"zustand, der Politik der Vernichtung, der Vereinzelung/ Normalisierung.

Eine Bewegung und Forderungen, die vom Kollektiv der baskischen politischen Gefangenen im Laufe des Jahres 88 zweimal wieder aufgenommen wurden. Wir selbst mußten den Kampf von April bis Juli 89 wieder aufnehmen, und nach uns die libanesischen Gefangenen um Anis Naccache im Herbst/Winter 89/90.

Heute leben diese Forderungen in der Bewegung der politischen Gefangenen. Die teilweise Zusammenlegung, die wir wie die baskischen politischen Gefangenen erlebt haben, ist nur eine Etappe für neue Kämpfe für das politische Statut. Die Isolation wird immer noch praktiziert. Und wenn auch wenige politische Gefangene sie erleiden, können wir uns mit halben Sachen nicht zufriedengeben.

So ist die politische Haft hier in Frankreich mit diesen beiden Forderungen eine wirkliche Front von Kämpfen für die etwa hundert gefangenen Militanten der nationalen Befreiungsbewegungen und der proletarischen Sache geworden.

Wie denkt Ihr, könntet Ihr die Wechselwirkung zwischen den Kämpfen im Rahmen der politischen Haft aufbauen, Wechselwirkungen, die das ganze imperialistische Gefängnis durchziehen?

Jean-Marc: Wenn die politische Haft auch ein besonderes und spezifisches Terrain ist, ist sie doch nicht getrennt von einem allgemeinen Zusammenhang — dem Einsperren, dem Zehntausende von Proletariern und Unterdrückten unterworfen werden. Die politische Haft ist ein Moment des revolutionären Kampfes, und das Einsperren ist ein Moment der Durchsetzung der bürgerlichen Diktatur: die Sanktion gegen die Übertretung der bürgerlichen Ordnung.

Die Revolutionäre handeln mit der Perspektive des Aufbaus einer Gesellschaft, in der das Gefängnis verbannt ist. Jeder Kampf, den wir mit allen Gefangenen führen, muß als Ziel die Zerstörung der Gefängnisse und die soziale Revolution in sich tragen. Das ist das permanente Ziel des Zusammenkommens im Kampf für unmittelbare Forderungen für bessere Bedingungen. Die Orientierung darin ist die Konfrontation mit der Klassenjustiz, mit der Diktatur der Richter und Patrone, mit dem Staat.

Wir müssen also über unseren Standpunkt, unsere Agitationsarbeit, unsere Kämpfe die Natur und die Funktion des Gefängnisses im System aufdecken: Ausbeutung, Ausgrenzung und Unterdrückung. Dann können wir auch von dem Terrain aus die Solidarität, die Einheit und den Klassenkampf aufbauen.

Aber diese Solidarisierung ist weit entfernt von einer Tendenz, die für das Gefängnis nur eine Gewerkschaftsarbeit vorsieht, die von populistischen „Figuren" angeführt werden, ein wahrer Opportunismus, der seinen Gipfel in der „Gleichheitskampagne" gegen die Freilassung der libanesischen und palästinensischen Gefangenen der Gruppe Naccache erlebte. (I)

Joelle: Man kann die Kämpfe drinnen nicht zusammenbringen, wenn man die Besonderheit der politischen Haft nicht berücksichtigt, oder wenn man die Notwendigkeit, mit allen anderen Gefangenen zu kämpfen, vernachlässigt, und schlimmer noch, wenn man ihre Wechselwirkung nicht sieht.

Die ganze Zeit während unserer Haft, in jeder Isolationsabteilung (Q.I.), haben wir Kampfkomitees geschaffen; wie das in der Q.I. von Fresnes oder das der DIIR in der M.A.F. von Fleury. Diese Komitees waren sehr wichtig für die Propagandaarbeit und die Mobilisierung gegen die Isolation, und sie standen auch im Zentrum des Kampfes auf den Dächern (Sommer/Herbst 88). Ein Kampf, dessen Höhepunkt ein großer Streik von mehreren tausend Gefangenen um die gemeinsamen Forderungen war: Schließung der Isolationsabteilungen, Amnestie für die, die an Meutereien und anderen Bewegungen teilgenommen hatten, gerechte Löhne für die Gefangenen, die arbeiten, Intim-Besuche ...

Einer der Hauptgründe für den Schlag gegen die Politik der Normalisierung gegenüber Gefangenen wie uns war genau diese Aktivität mit den anderen Gefangenen. Wenn wir immer noch vom „Normalvollzug" getrennt sind, dann nicht wegen unserer kleinen Zusammenlegung, sondern weil wir ein Potential an Kampf und eine politische Kraft der Destabilisierung, sowohl des status quo des Einsperrens als auch seiner Akzeptierung, darstellen.

Euer neuer Kampf spricht gerade von der Front des Widerstands gegen die Klassenjustiz und das Gefängnis. Könnte die Bildung einer solchen Front eine der Perspektiven Eurer Initiative sein?

Georges: Wir denken, es ist heute unbedingt notwendig, aus den Kämpfen aus der Kontinuität der wesentlichen Forderungen, aus der Haftsituation ... eine Front von Widerstand hervorzubringen, einen wahren Bezugspol, einen Pol von Kontinuität und Koordination der verschiedenen Kämpfe. Aber eine Front, die sich auch mit den Initiativen und Kämpfen draußen gegen die Klassenjustiz, gegen die Politik der sozialen Kontrolle und die konterrevolutionäre Politik richtet, die sich in dieser Periode verschärfen.

Es ist wirklich Zeit, zu reagieren und die Tendenz zu aufgesplitterten Reaktionen angesichts der integrierten Planungen des Staates zu überwinden, denn diese repressiven Programme werden in den Phasen der europäischen Integration noch verschärft. Der Text des Schengener Abkommens ist da sehr deutlich, sowohl gegen den „inneren Feind" (der Antagonismus und der Widerstand der unterdrückten Klassen) als auch gegen den „äußeren Feind" (die politischen Flüchtlinge, die Immigranten ...).

Von den verschiedenen Wirklichkeiten aus müssen die verschiedenen Kollektive und die Bewegungen ihre Kämpfe koordinieren, sie zu einer neuen Qualität der Konfrontation führen, die in der Lage ist, das Voranschreiten der Sicherheitspolitik zum Stillstand zu bringen, sie umzustürzen und gegen die Macht zu wenden.

Natürlich ist das eine lange Arbeit von Sensibilisierung, Konfrontation und Organisierung, aber das ist die Hauptorientierung unserer gegenwärtigen Aktion. Faktisch ist das auch eine Orientierung für die Form des Kampfes selbst, der rotierende Streik, d.h. eine zeitlich sehr lange Bewegung.

Jean-Marc: Ich glaube, es wäre jetzt notwendig, den aktuellen allgemeinen Zusammenhang noch mehr zu definieren, um unsere Initiative genauer einzuordnen.

In den imperialistischen Ländern haben die Krise und die tiefen Veränderungen, die sie erzwungen hat, die Phase der Monopolisierung in der Konkurrenz verschärft. So haben sich die Konzentration und die Entwicklung der Produktivkräfte in einem neuen Sprung des staatlichen Monopolkapitalismus vermittelt, der von einer neuen Qualität der politischen Klassenherrschaft, einer immer stärker zentralisierten und kon-

zentrierten Herrschaft, charakterisiert ist. D. h. Machtverhältnisse, die sich ausweiten und vom Staat monopolisiert werden in Form einer reaktionären und autoritären Durchsetzung, die neue Materialisierung der Diktatur der Bourgeoisie. Und wenn dieser Staat alle Konflikte durchdringt, um sie innerhalb des staatlichen Rasters einzufangen und zu lösen, weist er ihnen eine Klassenrelevanz zu. Damit aber offenbart er sich immer mehr als Instrument der Garantie und der Reproduktion der kapitalistischen Ausbeutung. Und heute ist seine Selbstdarstellung als „Beschützer" und Vertreter des „Gemeinwohls" durch das Andauern und die Verschärfung der ökonomischen Krise verschwunden. Er erscheint also in dem Gewand der Ungleichheit, der Ausgrenzung, der privaten Profite, der Korruption, der Repression ... So ist der autoritäre Staat der Staat der aktuellen politischen Krise und muß das starke Instrument der Herrschaft sein, die die Hegemonie einer reduzierten Klasse der imperialistischen Bourgeoisie ausmacht. Aber damit ist er auch ein paradoxes Instrument, das seine künftigen Widersprüche in sich trägt und verschärft. Er wird gleichzeitig stärker und schwächer.

Zum Beispiel: Während auf der einen Seite das System, die Ausbeutung, die wachsende Ungleichheit, die Realität der Klassen und ihre Konfrontation noch mehr hervortreten lassen, und je mehr der Staat eingreift, diesen Antagonismus politisiert, desto mehr werden die Klassen unterdrückt und von der politischen Entscheidung ausgeschlossen, werden verstoßen bis dahin, daß sie in allen ihren politischen Ausdrücken als Klassen geleugnet werden.

Oder weiter, je mehr das bürgerliche Modell das Demokratiekonzept heiligspricht, um so ferner ist jede Demokratie von wirklichen Entscheidungsräumen, vom Kern ihres Projekts. Die Krise des Staates ist auch dieses demokratische Defizit, das seine technokratische Strukturierung und die neuen Machtverhältnisse, die diese erzwingt, repräsentieren. Der zentrale Prozeß des europäischen Bauwerks gibt ein sehr klares Bild davon.

Joelle: Es ist unvermeidlich, daß die gleiche Tendenz sich auf der Ebene des Justizapparats verallgemeinert; ein Apparat, der heute in seinen verschiedenen Rollen — ideologisch, politisch und repressiv — selbst auch in der Krise ist. So drückt der Rechtsstaat ungeschminkt die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen aus, die Fähigkeit des Staates, diesen Antagonismus durch Repression und tatsächliche oder erzwungene Zustimmung zu verwalten.

Und diese Tendenz weitet sich mit der Durchsetzung der neuen Qualität des Staates als autoritärer Staat noch aus. Eine Monopolisierung und Zusammenballung der Macht, die nur von einer Befriedung und Homogenisierung gesellschaftlicher Verhältnisse aus — Ausschaltung, Leugnung und Beschränkung der Konflikte — umgesetzt werden kann. Aber das verlangt ein noch stärkeres Zusammenwachsen der Apparate und eine Ausweitung der Repression auf die Antagonismen in der Bevölkerung. Und wo dieser Druck wächst, schlägt er um in die Krise verschiedener Strukturen, in die Krise der „Justiz".

In Frankreich war dies ein Schlüsselelement der Krise der Macht im vergangenen Jahr; zunehmende Skandale von Korruption bis zur Unterschlagung öffentlicher Gelder und repressive Entscheidungen gegen die Unterdrückten, die Arbeiter, die Immigranten, die Jugendlichen ...

Die Krise der „Justiz" deckt hier den Druck des Staates auf im Rahmen seiner Veränderung. Die Verstärkung der Verrechtlichung/sozialen Zuweisung und die Repression, die sie begleitet; aber sie zeigt auch den Grad an Widerstand und an Massenkämpfen auf, selbst wenn diese noch sporadisch, diffus und zersplittert sind. In diesem Zusammenhang muß sich jede Intensivierung der Sicherheitspolitik, jede gesellschaftliche Prävention einem Pol von Widerstand und Organisierung gegenübersehen, die Basis einer breiten Front gegen die Klassenjustiz, gegen den autoritären Staat sind. Unser neuer Kampf und unsere Arbeit gegen das Gefängnis bestimmen sich natürlich in dieser Orientierung.

Zum Schluß würde ich gerne auf die Realität der westeuropäischen Integration zurückkommen und auf die Einheit der politischen Gefangenen auf diesem Terrain. Wie stellt Ihr euch diese Einheit vor?

Jean-Marc: Die Schaffung eines Zentrums kapitalistischer Konkurrenz in Europa ist natürlich eines der aktuellen Schlüsselelemente. Diese Integration ist Mitte der 80er Jahre qualitativ gekippt. Nachdem sie über das bloße Phänomen der Internationalisierung und der Strukturierung von Absprachen hinausgegangen war, werden heute wirklich transnationale institutionelle Realitäten aufgebaut, die wie nationale Instanzen handeln. Herrschaftsbeziehungen — Beziehungen zwischen staatlichen Mächten — bilden sich mit der europäischen Einheit, die sie im Verlauf eines widersprüchlichen und ungleichen Fusionsprozesses zwischen den verschiedenen Fraktionen des westeuropäischen Staates herstellen.

Diese kontinentale Dimension ist damit eines der wesentlichen Momente der Qualität des autoritären Staates bei der Monopolisierung und Zentralisierung der Klassenmächte.

Da die Herrschaftsverhältnisse jede Entwicklung der politischen Konfrontation bestimmen, muß der europäische Raum über die bloßen „objektiven" Feststellungen hinauskommen, er muß eine konkrete Perspektive der revolutionären Lösung werden. D. h. eine Form und eine Methode — Entwurf neuer kommunistischer Perspektiven auf diesem Terrain —, die den Formen und Umrissen der politischen Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie heute angepaßt sind.

Die europäische Dimension der Machtverhältnisse der Bourgeoisie zu leugnen und sie ewig bloß auf dem Niveau Staat — Nation zu sehen, sind Verkürzungen, die den marxistischen Staatsbegriff revidieren, seine Übereinstimmung mit den Phasen und Stadien des Kapitalismus, seine strukturellen Veränderungen, die jede Phase in den Produktions- und Reproduktionsverhältnissen ausdrücken, aber auch in den politischen Kämpfen, im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen auf internationaler und lokaler Ebene. Man muß diese Kritik üben, denn täglich kann man noch Analysen lesen, die den Kampf auf dem europäischen Terrain nur in der internationalistischen oder auch antiimperialistischen Solidarität sehen. Während die direkt revolutionäre Aktion gegen die Herrschaft der Klassen sein muß — politisches Bewußtsein und Organisierung — ein Aufbau, der wirklich als revolutionäre Front begriffen wird.

Georges: Wenn die Klassenherrschaft heute eine gemeinsame Haltung zur Staatsfrage erfordert, und das heißt auch zu revolutionärer Klassenpolitik, ist es dennoch unmöglich, über die historischen Differenzen hinwegzugehen, die das Erbe der Entwicklungen und Verhältnisse in den Ländern sind, aus denen sich die Europäische Gemeinschaft zusammensetzt. Das wäre ein schwerwiegender Fehler. Denn der revolutionäre Prozeß auf kontinentalem Niveau ist ein „langer Marsch". Er wird stärker in den Vorstößen zur Integration der Herrschaft, in der Homogenisierung der allgemeinen Bedingungen und der besonderen Verhältnisse, aber natürlich auch in den Kämpfen, in dem Bewußtsein, das sie hervorbringen, und in der Organisierung. So lebt der Prozeß und gewinnt seine Dynamik schon aus den verschiedenen Entwicklungen der revolutionären Bewegung in Europa, schöpft daraus die Fähigkeit, konkrete Perspektiven der Einheit und der revolutionären Aktion aufzuzeigen. Er durchzieht alle Realitäten dieser Bewegung, in weniger als zehn Jahren hat er einen gewaltigen Sprung nach vorn erfahren — trotz der Rückschläge und der Schwierigkeiten, die wir alle durchgemacht haben. Und mehr und mehr stellt der revolutionäre europäische Raum die Lösung der Konfrontation mit der Diktatur der Bourgeoisie dar, auf ihrer höchsten und angemessensten Stufe, auf der Basis der umfassenden Einheit der Klasse.

Die Überstaatlichkeit schließt alle Mächte in die Kontrolle der Zentralisierung ein. Sie schaltet die Territorien unter der Norm und den neuen Gesetzen gleich. Gleichzeitig verstärkte sie — als Folge und Garantie der Konzentration — die Ausbeutung und Unterdrückung der Massen durch die Monopole. Die Verschärfung des Drucks auf die Arbeit durch das Kapital ist eine grundlegende Dimension des europäischen Bauwerks und der neuen Qualität des Staates. Deren Umsetzung zieht die Beschleunigung der sozialen Dualität und der politischen Reaktion nach sich.

Das bedeutet konkret für die Bourgeoisie die Notwendigkeit, ihre konterrevolutionäre Politik zu verstärken und zu integrieren. Und diese Notwendigkeit stößt andererseits wieder auf das, wovon wir oben schon als Antwort auf die Krise des Staates gesprochen haben.

Den Widerstand der Bevölkerung brechen, seine politischen Ausdrücke leugnen, die Bezugspole und die Pole des revolutionären Kampfes zerstören, die Norm und das Recht der Institution durchsetzen — das sind die entscheidenden Punkte dieser Politik, die sich in jedem Land je nach den Verhältnissen, auf die sie treffen, entwickeln.

Es ist offensichtlich, daß darin die Angriffe gegen die verschiedenen Kollektive der politischen Gefangenen ein ganz anderes Ausmaß als in der Vergangenheit annehmen. Gerade weil die gefangenen Militanten von der Bourgeoisie als Teil der Konfrontation begriffen werden (man muß sich nur die Realität und das Ziel der Geiselpolitik anschauen).

Nun, die gefangenen Militanten können effektiv nur, wenn sie ihre Zugehörigkeit zur revolutionären Front dialektisch am Leben erhalten

durch ihre Kämpfe gegen die Isolation und für die Zusammenlegung, natürlich entsprechend den Besonderheiten der bestehenden Bedingungen, die Angriffe der Bourgeoisie wirklich zurückschlagen und brechen, wenn sie selbst bewußte aufbauende Elemente der Front und der Befreiung, die sie vorantreibt, sind, die wir vorantreiben können.

Denn weil wir Teil der revolutionären Front sind, können wir unsere Einheit und unsere Zusammenlegung aufbauen, in und durch die Kämpfe, die wir führen. Auf diesem Terrain können neue Beziehungen aufgebaut werden und ihre Organisierung — die Transformation dieses Terrains.

Aber da diese Einheit nicht abstrakt ist, kann sie nur in der Verbindung und in der Wechselbeziehung mit der realen Bewegung der Kämpfe und des Widerstands wirklich existieren. Sie existiert nur als Teil der revolutionären Front, indem sie ihre Realität und Kontinuität dorthin bringt.

Nathalie Menigon, Joelle Aubron, Jean-Marc Rouillan, Georges Cipriani

(I) Anmerkung der Gefangenen aus AD:
In dem Zusammenhang ist es angebracht, auf zwei wichtige Dinge hinzuweisen. Zunächst wurde eine legitime Protestbewegung gegen die Haftbedingungen umgedreht und verfälscht durch eine überspannte Öffentlichkeit aufgrund von zweifelhaften Kommuniqués, die reaktionäre, sogar rassistische Begriffe benutzten. Zum anderen hat diese Gruppe von politischen Gefangenen nicht über Verhandlungen ihre Freilassung erreicht, sondern sie durch Kampf hier und im Mittleren Osten erzwungen.

Anmerkungen:
(1) 1986 haben fundamentalistische arabische Gruppen (CSPPA ...) insgesamt 13 Bombenanschläge auf öffentliche Einrichtungen in Frankreich gemacht, bei denen es 13 Tote und 150 Verletzte gab. In den Kommuniques zu den Aktionen wurde die Freilassung von vier arabischen Gefangenen aus verschiedenen Organisationen im Nahen Osten, die in Frankreich im Knast waren, gefordert.
(la) Neue Sondergesetze wurden im September '86 verabschiedet, z. B. die Verlängerung des Polizeigewahrsams von zwei auf vier Tage; Visa-Zwang für alle Nicht-EG-Angehörige; die Möglichkeit präventiver Identitätskontrollen ohne konkrete Verdachtsmomente bis hin zur ED-Behandlung; Wiedereinführung der Hotelmeldepflicht; Verschärfung der Sicherheitsverwahrung; Einführung des Begriffs „Terrorismus" ins Strafrecht und Strafverfahrensrecht; Institutionalisierung von Sondergerichten: Sämtliche TE-Verfahren finden nur noch vor dem cour d'assises oder dem Tribunal correctionelles (entspricht OLG hier) statt (vorher gab es Geschworenen-Gerichte auch für politische Prozesse); Zentralisierung der Ermittlungen bei der 14. Sektion der Pariser Staatsanwaltschaft; wer von einem Sondergericht verurteilt wird, erhält eine automatische Aufenthaltsbeschränkung von zwei bis zehn Jahren; Einsetzung der Armee für Grenzkontrollen und auf Flughäfen — und das heißt praktisch, daß es zum ersten Mal seit der Vichy-Regierung wieder öffentliche Fahndungen/Fahndungsplakate gibt.
(2) In Provins kam bei einem Bombenanschlag auf den Dienstwagen des ehemaligen französischen Justizministers Peyrefitte sein Chauffeur ums Leben. Das gefälschte Attentat auf Bruguière wurde — wie auch das in Provins — Action Directe in die Schuhe geschoben. Die Technik, die bei dem „Anschlag" auf Bruguière benutzt wurde (Stolperdraht und Granate) ist Teil der Ausbildung französischer Elitetruppen.
(3) Der Hungerstreik dauerte 116 Tage, vom 1. 12. 87 bis zum 26. 3. 88.
(4) Der zweite Hungerstreik ging über 92 Tage, vom 20. 4. 89 bis 20. 7. 89.
(5) Es ist so, daß die vier interviewten Gefangenen sowieso vom Staat und von den Medien für alle Aktionen von Action Directe in der Zeit von 1984 bis 1986 verantwortlich gemacht werden. Bisher sind zwei größere Prozesse gelaufen, außerdem ein paar kleinere, z. T. gegen einzelne (wegen Schießereien, Banken usw.). Der erste große Prozeß war Anfang '88 wegen „krimineller Vereinigung" (entsprechend § 129 hier). Unter den 19 Angeklagten waren auch die vier aus dem Kollektiv der Zeitung „l'internationale".
Der nächste große Prozeß gegen Joelle, Nathalie, Georges und Jean-Marc lief im Januar '89 wegen der Aktion gegen den Renault-Chef George Besse.
Es ist unklar, ob und wie es mit den Prozessen weitergeht, einige Ermittlungsverfahren wurden eingestellt.
Die Aktionen von Action Directe 1984-86:
1984
— gegen den Sitz der WEU (Westeuropäische Verteidigungsunion) am 23. 8. 84, kämpfende Einheit Ciro Rizatto
— gegen das (US-NATO) Atlantische Institut in Paris am 11. 7. 84, kämpfende Kommunistische Einheit Ciro Rizatto
— gegen den Informationsdienst des Forschungs- und Programmierungsbüros des Verteidigungsministeriums am 13. 7. 84
— gegen die Raumfahrtagentur ESA am 2. 8. 84, kämpfende Einheit Ciro Rizatto
— gegen die Rüstungsfirmen Dassault und Messeri-Hispano-Bugatti, kämpfende Einheiten Ciro Rizzato und Lahouari Farid Benchellal
1985
Mit der politischen Zielbestimmung „für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa" gemeinsame Offensiven mit der RAF und militanten Gruppen in der BRD:
— gegen General Audran, Verantwortlicher für die Rüstungsgeschäfte und -kooperation im Verteidigungsministerium; Verbindungsglied zwischen den staatlichen französischen Rüstungsbetrieben, französischer Regierung, NATO und EG, am 25. 1. 85, Kommando Elisabeth van Dyck.
— gegen die IWF-Weltbankzentrale in Paris, während des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn im Mai '85, kämpfende Einheit Lahouari Farid Benchellal
— gegen General Blandin, Chef der französischen Streitkräfte, am 26. 6. 85
— gegen die Rüstungsfirmen TRT und SAT, kämpfende Einheit Ciro Rizatto
— gemeinsame Aktion mit der RAF gegen die Air Base in Frankfurt am 8. 8. 85, Kommando George Jackson
1986
— gegen Guy Brana, Chef des französischen Unternehmerverbandes (CNPF) am 15. 4. 86, Kommando Christos Kassimis
— gegen die Interpol-Zentrale in St. Cloud/Paris am 16. 5. 86, Kommando José Kepa Gallende
— gegen die OECD-Zentrale in Paris am 21. 7. 86, kämpfende Einheit Ciro Rizzato
— gegen George Besse, Generaldirektor von Renault, am 17. 11. 86, Kommando Pierre Overney
(Diese Aufstellung ist möglicherweise nicht vollständig.)

Ein neues Verbrechen der politischen Repression

Februar 91

Jean Groix, nationalistischer bretonischer Militanter, hat sich am 27. Januar in seiner Zelle in Fresnes das Leben genommen. Die Selbsttötung, der in seiner Dramatik die Ausweitung und Intensivierung der Politik des Drucks, der Erpressung und Isolation anklagt, die von der 14. Sonderabteilung der Pariser Staatsanwaltschaft in Szene gesetzt wird.

Der anti-terroristische Bunker hat in Zusammenarbeit mit den anderen Ausnahmeapparaten seine zerstörerische Praxis auf alle Militanten ausgeweitet, die ihm in die Hände fallen. Jean Groix, Tierarzt aus Rèze — einem Vorort von Nantes —, wurde am 29. November 1990 verhaftet. Von Anfang an haben Polizei und Presse die wahren Gründe seiner Verhaftung verschwiegen, stattdessen haben sie diese in Verbindung gebracht mit dem Mord an einem Jungen in dieser Region. Diese Hetze wurde noch weiter aufrechterhalten, als Groix schon verlegt und vor die Sections Spéciales (Sonderabteilungen) in Paris gebracht worden war wegen „verbrecherischer Vereinigung" und „Hilfe zu ungesetzlichem Aufenthalt". Denn das einzige „Verbrechen" dieses Militanten war in Wirklichkeit, drei baskische Flüchtlinge — Téodoro Meabe, Pedro Marian Marinalene und Joseba Begona Ibarra — beherbergt zu haben.

Aber seit der Unterzeichnung des Schengener Abkommens 85 (BRD, Benelux, Frankreich und jetzt Italien) — in Frankreich wurde es durch die Sondergesetze von September 86 vervollständigt — ist in der Tat jede Hilfe für einen politischen Flüchtling zu einem Staatsverbrechen geworden.

Die Verlegung der Grenzen an die äußeren Grenzen der Länder des Schengener Abkommens wird von einer Verschärfung der repressiven Maßnahmen in allen Ländern begleitet: beim Asylrecht und den Aufenthaltsvisa, bei der Integration und Angleichung des inneren Rechtsraums (automatische Auslieferung, gemeinsame Verfahren, Harmonisierung der Bestimmungen ...) und der repressiven Apparate (das Recht auf ausgeweitete Verfolgungen, Schaffung des SIS Systems zum Informationsaustausch ...).

Das wurde hier mit der Anwendung des „absoluten Notstands"gesetzes konkretisiert, das die Ausweisung oder Auslieferung von Hunderten von politischen Gefangenen aus europäischen Ländern und den drei Kontinenten durch bloße polizeiliche Entscheidungen zuläßt. Gleichzeitig haben die Sonderabteilungen zahlreiche Prozesse gegen Militante wegen politischer Aktionen in anderen Ländern der EG eröffnet, gegen Militante der IRA, der BRpcc oder auch gegen die Basken, die wegen der Zugehörigkeit zum Kommando „Argala" der ETA angeklagt wurden ...

Andererseits sind die Verstärkung und Homogenisierung der repressiven Politik der europäischen Länder in den Gefängnissen ganz besonders von der Durchsetzung der Geiselpolitik charakterisiert. D. h. dem Versuch, mit der Situation und den Bedingungen der Gefangenen Druck auf die Kämpfe auszuüben.

Die Isolation ist die wesentliche Achse dieser Strategie — den Gefangenen sowohl von draußen als auch von seinen Genossen im Gefängnis abzuschneiden und so zu versuchen, ihn zu vereinzeln und zu brechen, bis er abschwört, um sein Abschwören gegen das zu wenden, wofür er gekämpft hat.

In seiner Haft in Fresnes wurde Jean Groix den neuen Haftkonzepten für die politischen Gefangenen unterworfen — der Isolationsfolter, der

Zensur und der Willkür. Ein weiteres Zeichen dafür, daß diese Strategie von Druck und Zerstörung heute allen aufgezwungen wird, sowohl den Militanten, die wegen ihrer Gesinnung gefangen sind, als auch denen, die wegen Aktionen des bewaffneten Kampfes gefangen sind.

Gegen ihn kamen zu den Lügen der Presse und Flics und den Kriminalisierungskonstrukten der Sections Spéciales noch die Maßnahmen zur Zerstörung der politischen Gefangenen dazu, wie sie in diesem Gefängnis angewandt werden. D. h. eine tägliche Ansammlung von Beschränkungen, Zensur, systematischen Quälereien (wiederholte Durchsuchungen, nachts Schlagen an die Zellentür ...). Methoden, die ihn bis auf den Tod vernichtet haben, genau so sicher wie mit der Klinge der Guillotine.

Die Geiselstrategie als Alternative der Barbaren ist erneut ans Tageslicht gekommen: „Abschwören oder Vernichtung."

Gegen die Isolation; für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen; Auflösung der Sondergerichte, Abschaffung der Sondergesetze von 86!

Kampfkomitee der Gefangenen aus AD
— Fresnes —

Zum Hungerstreik in Spanien

Das Hamburger Infobüro für Gefangene hat zuletzt am 8. 3. in Spanien angerufen. Allen Gefangenen geht es nach Abbruch des Hungerstreiks sehr schlecht; die gesundheitlichen Schäden betreffen hauptsächlich die Sehkraft, die Magen- und Nierenfunktion. Fast alle bekommen eine spezielle Diät, die von einigen Gefangenen allerdings abgelehnt wird. Einige wenige wurden inzwischen in andere Knäste verlegt. Die Postzensur besteht weiter; ebenso gibt es weiterhin Restriktionen gegen Familienangehörige und Rechtsanwälte. Es gibt keine Verhandlungen mit der Regierung. Anwälte, Angehörige und Gefangene gehen davon aus, daß es in absehbarer Zeit auch keine derartigen Verhandlungen geben wird.

Der Kampf für die Wiederzusammenlegung der politischen Gefangenen geht weiter — Kommuniqué des Zentralkomitees der PCE(r)

Am 8. Februar haben wir in verschiedene Gefängnisse Spaniens ein Telegramm geschickt, in dem wir die Militanten unserer Partei darum baten, den Hungerstreik zu beenden, welchen sie seit 30. November 1989 führten. Verständlicherweise ist diese Entscheidung nicht einfach gewesen. Bevor wir sie trafen, haben wir alle Faktoren abgewägt, welche die momentane Situation beeinflussen; insbesondere aber wurde der ausgesprochen schlechte körperliche Zustand unserer gefangenen Genossen in Betracht gezogen. Es war nicht möglich, diesen Streik noch länger aufrechtzuerhalten, ohne daß eine größere Anzahl von ihnen in absehbarer Zeit dem sicheren Tod näher gerückt wäre.

Wir sind der Meinung, daß man nicht mehr verlangen kann als das, was diese Männer und Frauen schon für die Sache der Arbeiter und des Volkes hingegeben haben; daß es richtig und notwendig war, den Hungerstreik aufzunehmen und ihn in die Länge zu ziehen, die Gesundheit zu opfern und sogar das Leben aufs Spiel zu setzen, um die kriminelle Politik der Regierung aufzeigen zu können und für die Wiederzusammenlegung zu kämpfen. Aber es gibt ein Limit, das man nicht überschreiten soll: das Opfer darf sich nicht in etwas Nutzloses umkehren oder womöglich konträr zu den Zielen werden, die seit Beginn des Hungerstreiks verfolgt wurden; es darf nicht zum sicher vorhersehbaren Tod führen. Wir glauben, daß ausreichend bewiesen ist, daß die Regierung nur dann auf die gerechtfertigten Forderungen der Gefangenen einginge, wenn mehrere von ihnen sterben würden — ein Preis, den zu zahlen wir nicht bereit sind. Außerdem sind wir der Meinung, daß die Situation der Gefangenen eine Angelegenheit ist, die alle Arbeiter und die gesamte spanische Gesellschaft angeht, und daß es diese sein muß, welche zukünftig die Folter in den Gefängnissen sowie die Politik von Isolation und Vernichtung verhindert und die vollständige Freiheit der Gefangenen durchsetzt. Bis dahin müssen wir weiter kämpfen und in allen möglichen Formen Widerstand leisten, sowohl inner- als auch außerhalb der Gefängnisse, gleichzeitig aber vermeiden, einen so hohen Preis zu zahlen wie der, den sie uns jetzt abverlangen. Das ist der hauptsächliche Grund, der uns dazu gebracht hat, um die Beendigung des Streiks zu bitten.

Bevor wir diese Entscheidung trafen, haben wir uns mit den hungerstreikenden Genossen und mit anderen, die ihn schon abgebrochen hatten, beratschlagt, und wir haben die Ansichten ihrer Angehörigen eingeholt sowie die von vielen anderen Menschen aus den Reihen und Zusammenhängen der Solidaritätsbewegung. Vor dem Absenden des obengenannten Telegramms haben wir den Streikenden eine Mitteilung zukommen lassen, welche unseren Entschluß angekündigte, damit es keine „Überraschungen" geben würde und alle im gleichen Geist der Einheit und mit derselben beispielhaften Disziplin handeln könnten, die sie immer aufrechterhalten haben, und zwar sowohl vor wie — insbesondere — während dieses harten Kampfes. Die Entscheidung der Parteiführung ist vom ersten Augenblick an von all ihren Militanten respektiert worden, sobald sie sich der Richtigkeit oder Authentizität der Botschaft vergewissert hatten.

Wir verstehen, daß eine beträchtliche Anzahl von ihnen ihr Nichteinverständnis mit diesem Entschluß zum Ausdruck gebracht hat und sich bereit zeigte, den Hungerstreik bis zur letzten Konsequenz weiterzuführen. Die Tatsache, daß das Ziel der Wiederzusammenlegung nicht erreicht worden ist, bringt sie dazu, diese Position der Standhaftigkeit aufrechtzuerhalten. Außerdem muß man sich vor Augen halten, daß auch die Situation, in der sie weiterhin bleiben — ohne irgendeine Möglichkeit, sich erholen zu können, und dabei den Repressalien von seiten der Schließer und Polizeikräfte ausgesetzt —, dazu beiträgt, diese Haltung zu wahren. Was uns anbelangt, so verstehen wir sie, und wir gewähren ihnen weiterhin all unsere Unterstützung. Dessenungeachtet denken wir, daß die Bedingungen, die sie ihnen aufzwingen werden, so schlecht sie auch sein mögen, nicht viel schlechter sein werden, als ein Leben lang ans Bett gefesselt und an den Tropf gehängt zu sein. Im schlechtesten aller Fälle wird es ihnen möglich sein, den Hungerstreik mit mehr Kraft wieder aufzunehmen, wenn die Bedingungen dafür günstiger sind.

Es ist uns nicht gelungen, der Regierung irgendetwas abzutrotzen. Wir haben den Genossen Sevi verloren, und die Gesundheit der übrigen Genossen ist ziemlich angeschlagen. Aber dem spanischen Staat und den reaktionären Kräften, die hinter ihm stehen, ist es weder gelungen, uns zu vernichten, noch die gefangenen Genossen zur Demoralisierung, dem Verrat oder dem Abschwören zu bringen, so wie sie sich das vorgenommen hatten. Ihre politische und moralische Niederlage ist mehr als offensichtlich. Die Gefangenen dagegen behalten ihre Moral und ihren Kampfgeist bei. Zudem haben sie im Verlauf dieses Kampfes die Anerkennung und die Unterstützung eines großen Teils der Arbeiter gewonnen.

Nichtsdestotrotz müssen wir zugeben, daß diese Unterstützung noch nicht ausreicht, weil sie sich nicht in einen bewußten politischen Kampf umsetzt, der organisiert wird, um gegen den Staat die Forderungen der Gefangenen, die Amnestie und viele andere Forderungen und Rechte durchzusetzen. Das ist der Sinn unseres Kampfes, und auf diesem Weg befinden wir uns, und auf ihm werden wir weitergehen und unermüdlich kämpfen. Der gerade beendete Hungerstreik hat einen wichtigen Schritt in diese Richtung bedeutet; und auch wenn der Klassenfeind sich momentan gewaltsam durchgesetzt hat, so hat er uns auf keinem Terrain besiegt. Im Gegenteil: Er hat die Schlacht um die öffentliche Meinung verloren; er ist in seinem tatsächlichen sozialfaschistischen Charakter vor den Augen der Welt demaskiert worden; er wurde dazu gezwungen, sein absolutes Fehlen von Moral an den Tag legen zu müssen, sowie seine Unfähigkeit denen gegenüber, die den Mut haben zu kämpfen. Genossen und Freunde — der Kampf geht weiter. Dieser Kampf wird noch sehr lang sein und uns zahlreiche Opfer abverlangen. Deswegen müssen wir unsere Kräfte wahren und weitere hinzugewinnen. Jetzt weichen wir zurück, um später nach vorne schreiten zu können.

Der Kampf geht weiter!
Jetzt mehr als je zuvor: Leisten wir jede Art von Hilfe und Unterstützung für die Gefangenen!
März 1991

Prozeß gegen Iparretarrak in Frankreich zuende

Nach dreiwöchiger Prozeßdauer im „Prozeß gegen Iparretarrak (IK)" (Iparretarrak ist baskisch und heißt etwa: die aus dem Norden und bezieht sich auf die bewaffnete Organisation Iparretarrak, die in Nord-

Euskadi — heute in Süd-West-Frankreich — kämpft) hat eine Pariser Strafkammer das Urteil gegen die 16 angeklagten Männer und Frauen verkündet. Die höchste Strafe von sechs Jahren Knast und weiteren fünf Jahren Aufenthaltsverbot in Süd-West-Frankreich ist gegen den angeblichen „Anführer“, Filipe Bidart, ausgesprochen worden. Für die anderen sind Strafen zwischen zwei und fünf Jahren Knast rausgekommen, drei sind freigesprochen worden.

In diesem Prozeß, in denen sich nur einige der Angeklagten zur Mitgliedschaft in IK bekannten, ging es um die Vorwürfe von Bombenattentaten gegen Immobilienagenturen, zentralstaatliche Einrichtungen etc., die von IK verantwortet wurden im Kampf für die Unabhängigkeit der drei baskischen Provinzen von der Pariser Zentralregierung und gegen die „Touristisierung“ derselben.

Nach Auffassung der AnwältInnen sind die Strafen relativ milde ausgefallen. Sie werteten diese in ersten Stellungnahmen als „beschwichtigend“ und „mutig gegen die politischen Instanzen“. Hingegen sehen die „Comisión Anti-Represión“ und die Organisation der Familienangehörigen den Richterspruch total negativ. In einer Presseerklärung sagten sie: „Unsere erste Reaktion war, die Urteile und die Strafen nicht zu akzeptieren. Obwohl das Urteil nicht den Anforderungen der Staatsanwaltschaft gefolgt ist, ist so ein Urteil von allen erwartet worden, weil der Prozeß wie die Anklagepunkte politischer Natur waren.“ Zur Unterstreichung dessen weisen beide Organisationen darauf hin, daß zwei Angeklagte (Pérez und Hiribarren) explizit im Urteil von der automatischen Strafreduzierung ausgenommen worden sind und daß die Prozeßkosten von ca. 60000 DM die Ressourcen der Unterstützerbewegung aufzehren. Dabei rufen sie zum Kampf gegen die Urteile auf und appellieren für die totale Amnestie und die politische Anerkennung der Provinzen. Gleichzeitig fordern sie die Abschaffung der Iso-Haft und die Wiederzusammenlegung aller baskischen Gefangenen.

Egin, 5.3.91

Prozesse

Schlußerklärung von Luitgard Hornstein

jetzt zum schluß ist es vielleicht ganz gut, nochmal ein paar gedanken zu den erfahrungen zu sagen, die wir in der zeit gemacht haben. das kann jetzt nur ein ansatz sein. eine genauere aufarbeitung wird für uns alle nach dem prozeß wichtig sein.

wir sind hier mit einer nur groben politischen bestimmung und fast ohne genauere politische diskussion in das verfahren reingegangen. wenn ich wir sage, meine ich als erstes mal mich selbst und von da aus die diskussion mit den anwälten, also die verteidigung. aber auch die diskussion unter uns gefangenen.

wir haben dieses verfahren unter denkbar schlechten voraussetzungen geführt. nach mehreren jahren isolation aus der vereinzelung heraus ohne kollektive diskussion und verteidigung, gegen die schon festgestanzten politischen urteile gegen uns und gegen das bgh-revisions-urteil, das schon am 1. prozeßtag hier als persilschein für die aburteilung auf dem tisch lag.

von den ständigen angriffen auf die verteidigung, die in politischen verfahren üblichen einschränkungen der verteidigerrechte, bis zum entzug der finanziellen mittel, will ich jetzt gar nicht reden.

die wesentliche bestimmung oder auch der wesentliche entschluß war, dieses verfahren als chance für uns zu nutzen und mit neuem schwung und auch ernst gegen die methoden und den vernichtungswillen der staatsschutzjustiz anzukämpfen, um politisch dagegen durchzukommen mit dem, was wirklich war und worum es wirklich geht.

das kam zusammen mit dem bedürfnis von menschen draußen, dem staatsschutzterror eine grenze zu setzen und neue wege zu finden, den widerstand gegen die repression zu verteidigen und durchzusetzen.

dieses bedürfnis, die lähmung zu durchbrechen, ist auch etwas neues und wichtiges. in der vergangenheit bestimmte uns die haltung, die konterrevolutionären angriffe des staates sind in jedem revolutionären prozeß zwangsläufig und machen das wesen der konfrontation zwischen dem unterdrückungssystem und radikalem widerstand aus.

im kern ist das auch nach wie vor richtig. und es war wichtig, keine illusionen über die schwere des weges und die schärfe der auseinandersetzung zu haben, um sich subjektiv dieser konfrontation stellen zu können.

teilweise führte diese haltung aber auch dazu, den durchmarsch und angriff des staates auf unsere lebenszusammenhänge einfach hinzunehmen, ohne zu einem praktischen verhältnis gegen die repression zu finden

und ohne zu begreifen, daß die ganze sache ein ständiger wechselprozeß von angriff und verteidigung ist, in dem die politischen ziele durchgesetzt werden müssen.

ich denke, für viele wurde die konfrontation zu etwas abstraktem, worin sie sich selbst nicht mehr finden konnten und wofür es verschiedene gründe gab.

es entstand lähmung oder auch hilflosigkeit angesichts der nackten macht und gewalt.

während des verfahrens war eine genauere diskussion mit den prozeßgruppen kaum möglich. das ist auch kein wunder unter diesen bedingungen hier. aber auch auf unsere briefe, wo wir versuchten, eine andere richtung in die diskussion zu bringen, kam kaum etwas zurück.

für mich selbst war es so, daß ich mit der situation hier, den prozeßtagen, den notwendigen überlegungen und kämpfen, viel zu schaffen hatte. darum habe ich hier auch nicht schon eher etwas gesagt. ich habe eine ziemlich lange zeit gebraucht, um aus der isolation hier erstmal richtig auf den boden zu kommen.

das war auch eine schwäche in dem verfahren, die sich sicher auch auf die mobilisierung ausgewirkt hat. und die sicher auch mit dazu beigetragen hat, daß die diskussionen der prozeßgruppe stuttgart zum ende des verfahrens vollkommen in die politische defensive gekippt sind. aber dazu sage ich nachher noch was.

um gegen die ganzen in beton gegossenen lügen-urteile überhaupt nochmal durchzukommen, mußten wir die wirklichkeit gegen ihre konstruktionen setzen. das hieß eben auch, klipp und klar zu sagen, daß wir die aktion gegen dornier nicht gemacht haben, und über die situation zu reden, wie sie für uns damals wirklich war.

alle unsere zeugen haben die aussage hier für sich allein bestimmt, und untereinander wußten wir vorher nicht, was jede und jeder hier sagen will.

das liegt schon an den bedingungen einfach.

wenn die baw jetzt die zeugenaussagen mit der feststellung kippen und vom tisch fegen will, sie seien planmäßig abgesprochen gewesen, ist das einfach lächerlich.

für uns selbst waren das natürlich auch fragen und diskussionen, wie wir es hier neu und richtig anpacken können, die eben auch erst richtig losgingen, nachdem die ersten aussagen schon gelaufen waren. und da das olg meine post zensiert, haben sie das selbst auch genau mitgekriegt.

es war ja auch gut zu merken, daß hier alle von sich aus und auch in der unterschiedlichkeit geredet haben.

daß die aussagen dennoch in ihrem kern übereinstimmen, liegt eben einfach daran, daß es nur *eine* wirklichkeit gibt. wir haben es gar nicht nötig, uns abzusprechen, um darüber zu reden, was wahr ist.

die prozeßführung hier hat in den diskussionen draußen teilweise verwirrung gestiftet. das ist aber meistens so mit was neuem und auch nicht unbedingt schlecht. durch die diskussionen, die daran entstanden sind, ist eben auch einiges in bewegung geraten, und es ist auch klar geworden, wo noch der politische begriff von dem wesen der staatsschutzjustiz und der konfrontation zwischen revolutionärem widerstand und staat fehlt,

auf der einen seite.

auf der anderen seite ist es eben auch nochmal ein unterschied, wie wir hier als gefangene in den prozessen kämpfen und wie ihr es draußen bestimmen könnt. wir haben nicht viele möglichkeiten und sind gezwungen, uns hier auf dem vorgegebenen terrain zu bewegen. das bringt auch immer wieder schwierigkeiten mit sich.

ich fand es richtig, auch auf der juristischen schiene alle möglichkeiten zu nutzen, die widersprüche in den konstruktionen offenzulegen und ihre pläne zu durchkreuzen. das haben wir geschafft. es ist nichts mehr übrig geblieben, was sie verwerten können ohne widersprüche und ohne offen ein politisches urteil zu fällen.

gleichzeitig ist diese art der prozeßführung auch immer problema-

tisch. denn was für uns nüchtern betrachtet hier lediglich *ein* mittel ist, um die widersprüche aufzudecken und mit ihnen zu arbeiten, vermittelt sich nach außen für manche vielleicht als „normales verfahren" und hilft somit, den schein zu wahren oder illusionen zu wecken.

die auseinandersetzung, um die es hier geht, soll ihren inhalt verlieren und der politische konflikt geleugnet werden.

wir kämpfen hier immer aus der defensive, gegen die arroganz der macht. und genau weil es hier um die auseinandersetzung zwischen den um veränderung kämpfenden menschen und dem staat, der seine herrschaft behaupten will, geht, ist die aburteilung eine politische entscheidung. jede prozeßstrategie und alle juristischen erfolge stoßen da auch an ihre grenze und bleiben letztlich hilflos, weil die entscheidung nicht allein hier im saal fällt, weil es eine frage des politischen kräfteverhältnisses zwischen staat und widerstand ist, das in den aktuellen kämpfen und mobilisierungen, auf der straße erkämpft wird.

weil die harte haltung der macht und das kalte kalkül, wie wir immer wieder erfahren haben, zuletzt im hungerstreik, nur da bricht, wo sie angst haben, mehr zu verlieren als zu gewinnen. das ist die einzige politische rationalität, die sie scheint's kennen und verstehen.

obwohl also die ganzen widersprüche und manipulationen für jeden hier offen geworden sind, hatte ich zu keiner zeit die illusion, daß damit unsere chancen gut stehen würden und sie gezwungen wären, die konstruktionen fallenzulassen. dazu habe ich einfach zuviel erlebt und genug erfahrung mit der staatsschutzmaschine. das liegt auch nicht an stammheim oder allein dem senat hier. wir wissen, daß die staatsschutzsenate allgemein eingerichtet wurden, um einen reibungslosen ablauf und aburteilungen im sinne der herrschenden zu garantieren und um als funktion für die widerstansbekämpfung den „ausnahmezustand" zu verrechtlichen. das letzte beispiel dafür ist das urteil gegen stephan im „börsen"-prozeß. darum ist es auch hilflos, sich darüber zu empören, daß berroth oder der senat befangen sind. das sind die voraussetzungen in staatsschutzprozessen. wären sie es nicht, säßen sie sicher nicht hier in dieser funktion. und im verlauf des prozesses haben sie es oft genug bewiesen.

diese harte konfrontation gegen uns erklärt sich als erstes für mich aus unserer und meiner geschichte und unserem politischen zusammenhang, in dem wir gekämpft haben.

sicher auch, weil der widerstand sich in seinen zielen und lebensweisen nicht ernst genug nimmt

und revolutionäre identität bis heute nur schwach entwickelt ist.

es gibt bisher nicht viele erfahrungen, wo der widerstand sich in einer kontinuierlichen entwicklung durchgesetzt hat und sich gegen die repression behaupten konnte.

aktuelle beispiele sind der kampf um die hafenstraße und überhaupt selbstbestimmte lebensräume in besetzten häusern, die gegen profitgier und umstrukturierung verteidigt werden müssen.

während sonst mobilisierungen und widerstandsbewegungen oft nach der ersten schweren repressionswelle an ihre grenzen stießen, sich viele menschen zurückzogen, ist es im kampf um die häuser nicht möglich, der konfrontation auszuweichen. sich zurückzuziehen, abzuwarten, würde gleichzeitig bedeuten, die existenzgrundlage zu verlieren und damit auch den raum, die eigenen politischen vorstellungen zu leben.

so wird der kampf um die häuser aber eben auch zum beispiel einer kontinuität im widerstand,

die jetzt ausradiert werden soll.

die arbeit der prozeßgruppen, die sich hauptsächlich auf informationsarbeit beschränkt hat, hat bewirkt, daß es über dieses verfahren gegen uns und die methoden der staatsschutzbehörden zur bekämpfung des politischen gegners ein sehr breites bewußtsein und eine kritische öffentlichkeit bis in bürgerliche kreise hinein gibt. kaum ein verfahren gegen uns in den vergangenen jahren hatte solch eine öffentlichkeit. das ist auch was sehr wichtiges. es ist die basis, um überhaupt einen weg aufzumachen, quasi eine brücke zu bauen, zu einer möglichen anderen politischen entscheidung als bisher.

das ist aber nur ein bein.

auf der anderen seite ist die mobilisierung zu den prozessen in dieser entwicklung auch auf ihre grenze gestoßen, und die politischen schwächen sind, konfrontiert mit der nackten machtdemonstration hier im prozeß und dem reaktionären durchmarsch ingesamt, deutlich aufgebrochen.

denn das andere bein in dem ganzen ist: die politische mobilisierung ist immer nur so stark, wie in ihr die politischen ziele, die vorstellungen, die wir leben wollen und wofür wir kämpfen, zum ausdruck kommen, wie sie darin vermittelt, vertieft und verbreitert werden.

ein politisches kräfteverhältnis zu verändern, bedeutet immer, die politischen inhalte und das bewußtsein zu verändern in unserem sinne, durch politisch-materiellen kampf.

die arbeit, wie jetzt zu den prozessen, bleibt hilflos und auch kraftlos, solange sie sich auf die herrschende logik bezieht, solange sie also systemimmanent bleibt, statt fundamentale systemkritik zu sein.

denn letztlich entwickelt erst die möglichkeit, daß an den politischen entscheidungen des staates neues bewußtsein und neuer kampf entsteht, den politischen druck, um konkrete ziele durchzusetzen.

entscheidend ist nicht, ob wir die aktion gemacht haben oder nicht. das können sie selbst nicht sagen.

entscheidend ist allein, daß wir sie subjektiv und politisch gemacht haben könnten ihrer meinung nach,

daß wir aus dem frontprozeß kommen, mit der guerilla zusammen diskutiert und gekämpft haben und daß sie uns auch hier in der isolation nicht brechen konnten.

genau darauf gründen sich die urteile gegen uns, auf nichts anderes.

diese urteile, in denen der staatsschutz geschichtsfälschung nach seinem gutdünken weitertreibt, wo die absurde behauptung der existenz einer legalen raf und 4-ebenen-raf festgestanzt wurde, und all der andere mist, dienen jetzt für reibungslose urteile in allen prozessen gegen uns;

so bildeten sie z.b. auch die grundlage für das urteil gegen die genossInnen im börsenprozeß.

nach dem gleichen schema laufen jetzt die angriffe gegen die hafenstraße,

und jetzt geht es ihnen hier darum, eine neue waffe gegen den widerstand zu schmieden.

wenn sie mich hier für die aktion gegen dornier verurteilen mit der argumentation: ich habe mich mit material zum militärisch-industriellen-komplex beschäftigt; dann: die tatsache, daß ich mich in einem unkontrollierten raum bewegt habe in einer zeit, als gleichzeitig eine aktion stattfand, wird zum beweis, daß ich die aktion gemacht haben soll; dann: die benutzung eines falschen jugendherbergsausweises, um ohne observation zu bleiben, wird als ausführung der aktion selbst gewertet ...; und letztlich muß sowieso nicht mehr nachgewiesen werden, ob ich die aktion gemacht habe, es reichen die beziehungen zu denen, die schon mit den bekannten methoden für diese aktion verurteilt wurden ...

wenn sie mich also so verurteilen, und anders können sie es ja nicht machen, weil es nichts gibt, bedeutet das in zukunft für jeden menschen im widerstand, der sich auch mit den politischen und ökonomischen machtstrukturen auseinandersetzt und mit revolutionärer politik, der sich observationen des staatsschutzes entzieht usw. usw., ohne irgendeinen konkreten beweis für jede beliebige aktion verhaftet und verurteilt werden zu können. das ist wahrscheinlich ihr traum von der ausschaltung des politischen gegners.

wenn bka-chef zachert jetzt im stern und in der welt behauptet, die raf würde aus der legalität heraus operieren statt wie bisher illegal, dann meint er damit den boden, um bei zukünftigen aktionen der raf leute aus dem widerstand als fahndungserfolg präsentieren zu können, weil sie die illegalen nicht kriegen.

ich hab mich schon oft gefragt, ob sie solche offensichtlichen zwecklügen einfach nur behaupten, oder ob diese typen da selbst dran glauben. wie auch immer:

sie gehen jetzt an den widerstand ran, wie auch an uns gefangene, weil die anderen für sie nicht erreichbar sind und weil sie immer noch glauben, auf diese weise den politischen konflikt tothauen und die politische entwicklung abwürgen zu können.

und noch einiges andere wunderliche brachten sie hier in ihrem plädoyer zum vorschein. nun heißt es auf einmal, ich habe, zusammen mit den anderen, die erklärung zu dornier geschrieben. hier im prozeß ist es darum nie gegangen, weil es für die behauptung überhaupt keine grundlage

gibt. aber um irgendwie ihr stimmiges gesamtbild zurechtzubasteln, müssen sie einiges dazu erfinden und erdichten, wie es in den bisherigen urteilen auch schon praktiziert wurde. und weil der stoff dann immer noch so dünn ist, haben sie hier jede einzelheit wenigstens fünfmal wiederholt, um sie auch dem letzten betonkopf einzuhämmern. dadurch wird es aber auch nicht besser.

nach dem baw-plädoyer habe ich mich doch noch entschlossen, einiges konkret dazu zu sagen.

um unsere aussagen als unglaubwürdig zu erklären, sagten sie, die tatsache, daß ich helmut am 17. 7. noch im knast besucht habe, würde zeigen, daß wir die bedrohung nach der kontrolle von chris am 16. 7. nicht ernst genommen hätten. das ist falsch. wir haben sie ernst genommen. und ich will jetzt sagen, wie die situation für mich damals war.

nachdem chris am 16. bei der kontrolle die diskussionspapiere und den parolenzettel abgenommen wurden, haben wir versucht, ziemlich schnell klarzukriegen, was das jetzt für uns bedeutet und ob wir noch irgendwas daran machen können. eine sache war dann, daß wir überlegten, ob wir zum anwalt gehen sollten. das hat dann andrea angepackt, weil es für sie am einfachsten war, da sie in dem büro gearbeitet hat. wir wollten versuchen, ob sie das zeug wieder rausrücken, ohne es zum bka zu schicken. das haben wir als ziemlich unwahrscheinlich eingeschätzt. aber einen versuch war es wert. unsere einschätzung hat sich später als richtig herausgestellt. einen tag später hat die politische polizei d' dorf die papiere ans bka geschickt.

uns war klar, daß wir nicht ausschließen können, daß die parole von irgendeiner gruppe, die an dem diskussionsprozeß damals beteiligt war, für eine aktion benutzt würde und das mit sicherheit die verhaftung von chris bedeutet hätte und vielleicht auch für uns andere.

das diskussionspapier und die parole ging halt unter allen gruppen damals in der diskussion rum, und die parole sollte, wie chris schon sagte, für alles mögliche sein: von aktionen bis zu flugblättern.

das wäre ja auch gegangen, solange sie nicht bei einer oder einem gefunden und so zugeordnet hätte werden können. nach der kontrolle hatte sich die situation schlagartig verändert.

die baw meinte nun, das wäre für uns kein grund gewesen, die parole nicht mehr zu benutzen, auch wenn chris dafür in den knast gewandert wäre, weil: die raf hätte auch in anderen fällen planungstreue bewiesen.

nun, das mag sein. für die raf ist das auch was anderes, weil sie nicht wie der widerstand jederzeit dem zugriff des staatsschutzes ausgesetzt sind. außerdem gilt das vielleicht in einem fall, wo es um ein militärstrategisches zentrum wie die natoschule in oberammergau geht,

aber wegen so einer blöden parole, die politisch noch nicht mal besonders gut war, würde niemand von uns einen genossen ans messer liefern. das ist einfach ausgeschlossen.

ich bin ein paar mal gefragt worden, warum wir nicht schon in den früheren prozessen etwas konkret gegen die anklagekonstruktionen gesagt haben. dazu ist ja jetzt von den anderen auch schon in briefen einiges gesagt worden. es gab verschiedene gründe dafür:

im 1. prozeß hier haben wir uns darauf konzentriert, gegen die gesamt-raf-konstruktion anzukämpfen, die hier im mittelpunkt der anklage stand, indem wir die wirklichkeit des frontprozesses dagegen gestellt haben. mit den realen erfahrungen, den politischen bestimmungen und strukturen, wie sie wirklich waren, haben wir die behauptungen der baw auf den boden geholt. trotzdem sind chris und ich für mitgliedschaft verurteilt worden.

dornier und die anderen anklagepunkte zogen sie ja erst nach und nach, besser schlag auf schlag, mit taschenspielertricks aus dem ärmel und haben uns so damit auch überrollt.

auf der einen seite konnte ich mir schlecht vorstellen, daß sie tatsächlich mit diesen zusammengebastelten indizien und gekauften gutachten so locker durchkommen würden. das war hier ja auch alles offen geworden.

auf der anderen seite glaubte ich nicht, daß ein bestreiten unserer beteiligung an der aktion irgendeine wirkung oder bedeutung haben würde. das politische interesse, hier zu hohen urteilen gegen die ganze politische entwicklung '86 zu kommen, war einfach zu offensichtlich. der druck von industrie und staatlichen stellen auf die staatsschutzbehörden war enorm groß, weil sie immer noch niemanden für die zig aktionen damals verhaftet und auch verurteilt hatten. deswegen brauchten sie das urteil gegen uns, auch für die ganze kette von verfolgung nach uns.

auch jetzt scheinen sie sich nicht darum zu scheren, was wir sagen. ob sie sich das jedoch heute noch so einfach leisten können, ist die frage, da die ganze politische situation eine andere ist.

damals war die situation nicht reif für eine solche bestimmung von uns. die aktion zu bestreiten, schien mir wie eine politische distanzierung, und das hätte zweifel an unserer motivation aufkommen lassen können, unter allen umständen die eigene haut zu retten, wenn das allein, ohne eine politische vermittlung, gestanden hätte, zu der wir damals nicht in der lage waren.

die ganze orientierung war eine andere: nämlich daß der widerstand das neue niveau der konfrontation begreift und lernt, auch unter diesen bedingungen revolutionäre politik weiterzuentwickeln. das war auch für uns hier drinnen die situation. wir hatten einfach noch nicht rausgefunden, wie wir hier kämpfen können. und das wichtigste war, politisch eine klare trennlinie zu ziehen.

zusätzlich ist es ja auch eigentlich nicht unsere sache zu sagen, was wir nicht gemacht haben, sondern ihre sache, hier was nachzuweisen. obwohl ‚umkehr der beweislast' hier der normalzustand ist. in ihrem plädoyer sagt die baw jetzt, weil wir früher geschwiegen haben, seien unsere aussagen jetzt unglaubwürdig. ja, so einfach soll das sein. sie ärgern sich nur, daß von uns niemand den kronzeugen gemacht hat.

wir wollten natürlich über unsere situation und unsere konsequenzen daraus reden, und darum ging es dann auch im wesentlichen.

vielleicht sollte ich noch erwähnen, daß ich weder für die raf personaldaten gesammelt noch schriftmaterial archiviert habe, obwohl das auch hier schon klar gemacht wurde. die adressen, die ich bzw. wir damals aufgeschrieben hatten und die sie bei unserer verhaftung gefunden haben, sollten uns selbst das bewegen in der illegalität erleichtern. die behauptung, ich hätte für die raf archiviert, ist eigentlich nur albern. die raf wäre schön dumm, sich ein archiv in einer legalen scene-wohnung anzulegen. wir hatten dasselbe zeug in der wohnung wie die meisten im widerstand damals, weil wir uns damit auseinandergesetzt haben. mit erklärungen und briefen von den gefangenen, mit politischen texten von anderen revolutionären organisationen, naja, mit allem eben, was interessant und wichtig war. auch mit dem militärisch-industriellen komplex. das war auch ein teil, woran wir damals gearbeitet haben: die strukturen und mechanismen dieses systems als den staat besser zu begreifen und zu durchschauen. dazu gehörten all die fragen: wie ist der staat organisiert, wie sind die verflechtungen zwischen staat und kapital, also welcher apparat steht uns gegenüber, wie laufen die politischen entscheidungen, wie sind die machtstrukturen, welche kapitalfraktionen sind bestimmend usw. usw. . . .

mir war wichtig, das alles genauer zu begreifen, wie ich auch denke, daß das für alle wichtig ist, die hier ernsthaft für eine veränderung der gesellschaftlichen verhältnisse kämpfen, eine ahnung davon zu haben, wie das system funktioniert und wer hier real über das leben und die bedingungen der menschen bestimmt; wer die politik der zerstörung und grenzenlosen ausbeutung vorantreibt. daß sich menschen darüber klar werden, wollen sie genau mit der kriminalisierung dieser auseinandersetzung verhindern.

als wir verhaftet wurden, war für uns noch nichts wirklich entschieden. mir war klar, daß die flucht vor repression und verhaftung keine entscheidung ist, um in der illegalität leben und kämpfen zu können. das waren existenzielle fragen und auseinandersetzungen. im grunde sind wir damals durch die situation etwas eher auf die fragen gestoßen worden, die sich für alle im widerstand nach '86 aufgetan haben und um die es bis heute geht. kurz gesagt: die frage nach einer tieferen subjektiven und politischen entscheidung für das leben im kampf für eine menschenwürdige gesellschaft. dieses ziel nicht mehr loszulassen und dieses leben, uns selbst darin, ganz zu wollen.

wir haben also versucht klarzukriegen, was wir machen sollen, was das für uns heißt. chris war als erstes gefährdet, das war ja klar. darüber hinaus haben wir es so eingeschätzt, daß auch die gefährdet sind, die eng mit zusammen sind. wenn es überhaupt da abstufungen geben würde, habe ich es damals so eingeschätzt, daß sie als nächstes auch auf mich kommen würden, weil ich zu der zeit die einzige von uns war, die einen gefangenen besucht hat, der staatsschutz mich also kannte und das eben aller erfahrung nach ziemlich schnell zur kriminalisierung führt.

was das jetzt für unser leben bedeutet, konnten wir nicht innerhalb von ein paar tagen oder auch nur stunden klären, darum entschlossen wir

uns, erstmal zu verschwinden, um den raum zu haben, die situation zu überdenken und für uns zu entscheiden. ich hatte am 17. morgens noch einen besuch im knast festgemacht und habe mich dann auch entschlossen, ihn noch wahrzunehmen. einmal, weil wir ziemlich sicher waren, daß sie für die auswertung der papiere ein paar tage mindestens brauchen werden. zum anderen wäre es viel merkwürdiger gewesen, wenn ich nach monatelangen regelmäßigen besuchen plötzlich nicht erschienen wäre. damit hätte ich den staatsschutz bloß neugierig gemacht. außerdem war mir der besuch bei helmut auch wichtig.

am nachmittag dieses tages habe ich mich dann auf den weg gemacht. irgendwann später habe ich chris in dem haus in der eifel getroffen. dort sind wir ein, zwei tage geblieben, länger nicht, weil wir das haus als zu unsicher eingeschätzt haben. wir haben uns dann getrennt und sind einzeln unterwegs gewesen, weil wir keine guten möglichkeiten hatten und es einzeln für uns einfacher war. um uns nach einiger zeit wieder kurzzuschließen und unsere überlegungen auszutauschen, haben wir für einige tage später ein treffen in köln vereinbart. das war am 25.7., da haben wir uns schon morgens in einem café getroffen, und das war der anlaß, warum wir, chris, rico und ich, am 25.7. abends gemeinsam in der jugendherberge übernachtet haben. dort waren wir, glaube ich, ein oder zwei nächte. dann haben wir uns wieder getrennt.

den zufall, daß wir genau am 25.7. abends in der jh aufgetaucht sind, als an dem tag der aktion gegen dornier, will die baw nun zum schlagenden beweis machen, daß wir keinen anderen grund gehabt haben können, an dem tag dort zu übernachten, als den, daß wir die aktion gemacht haben. nun ja, das ist ja ziemlich unlogisch. wäre es so gewesen, hätten wir uns wohl eher zerstreut, also dort gemeinsam aufzulaufen. außerdem ist es auch deshalb unlogisch, weil auch die baw sagt, zu dem zeitpunkt seien wir schon eine woche unterwegs gewesen, nur für sie nicht nachvollziehbar irgendwo aufgetaucht.

das nächste treffen war dann das am 2. august in rüsselsheim mit eva, wo wir verhaftet wurden.

das treffen mit eva war schon lange vor der kontrolle abgemacht worden. durch die kontrolle hatte sich unsere situation nun drastisch verändert, weswegen wir eben schon früher als geplant weggehen mußten. das treffen war uns sehr wichtig, obwohl nicht sicher war, ob es auch stattfinden würde, weil zu der zeit damals eine großfahndung lief.

hier im knast war ich dann ganz auf mich selbst zurückgeworfen mit allen fragen und überlegungen, ohne die möglichkeit zu haben, wirklich miteinander reden und gemeinsam was klären zu können.

diese erfahrung, nicht reden zu können, und das ungeheure bedürfnis nach kommunikation und austausch gerade in dieser existenziellen situation

ist für mich die brutalste erfahrung der isolation. daraus entwickelte sich ganz schnell und selbstverständlich für mich, daß ich die zusammenlegung brauche und will. sicher zu sein, mit aller konsequenz auch dafür kämpfen zu können, war allerdings ein längerer prozeß und eine tiefere entscheidung.

wir waren hier von anfang an konfrontiert mit der nackten macht und gewalt.

angefangen von der verhaftung, die 7 std. damals nackt ohne decken in bunkerzellen gesperrt, um uns weichzukochen, bis zu verhörversuchen, ed-überfällen in der zelle und blitzverlegungen in den ersten wochen und monaten unter dem 24-punkte-isolationsprogramm, lief gerade gegen uns gefangene aus dem widerstand, die damals verhaftet wurden, ein ausgeklügeltes programm, um uns zu brechen. sicher, sie dachten wirklich, an uns kommen sie eher nochmal ran. daß sie keinen von uns kippen konnten, ist für sie eine niederlage und für uns eine starke erfahrung, von der wir heute ausgehen können. wir haben in den jahren wichtige erfahrungen gemacht und uns einen boden erkämpft.

für viele draußen bedeutet die vorstellung knast immer noch horror und das dunkle loch,

trotz unseres kampfes.

aber für mich war die zeit hier ein ganz wichtiger lernprozeß, und über viele erfahrungen bin ich froh, sie gemacht zu haben, gerade weil es darin ‚um alles' ging, also existenziell war.

als ich jetzt überlegt habe, was ich hier dazu sagen will, weil ich wichtig finde, diese erfahrungen zu vermitteln, bin ich darauf gestoßen, wie schwer das noch ist, diesen komplexen prozeß in worte zu fassen und verständlich zu machen. das habe ich in der zeit hier nicht mehr geschafft, aber es ist was, woran ich arbeiten will und was wir noch lernen müssen, mehr von uns selbst zu reden.

die prozeßgruppe stuttgart hatte mich zum ende des verfahrens aufgefordert, hier auf eine erklärung zu verzichten, weil das die chancen heben würde rauszukommen. ich möchte kurz hier etwas dazu sagen, auch wenn das vielleicht ungewöhnlich ist. diese auseinandersetzung war aber auch ein teil der erfahrungen in den letzten monaten, die eine politische bedeutung haben.

für mich stand nie die frage, daß ich hier reden will, höchstens, was ich aus der situation hier schaffen kann.

natürlich will ich mich vermitteln und die möglichkeit dazu hier nutzen sowie auch etwas damit bewirken, darum geht es uns in jedem moment, sonst könnten wir ja gleich nach hause gehen. würden wir so denken, gäbe es uns schon längst nicht mehr.

aus der erfahrung, daß wir wegen unserer haltung und wegen der politik abgeurteilt werden, zogen sie den schluß, daß wir nicht mehr von uns reden, also nicht mehr kämpfen sollen und uns damit der erpressung hier unterwerfen und zum objekt machen lassen sollen. der kampf um unsere identität hier ist aber vom ersten tag der gefangenschaft ein kampf gegen die erpressung. und darum, aufrecht und wir selbst zu bleiben. jede kosten-nutzen-rechnung ist uns da fremd und damit unvereinbar. die einzige antwort auf die politische kriminalisierung kann ja nur sein, dagegen aufzustehen und erst recht für unsere ziele zu kämpfen — dazu gehört eben auch z.b. die forderung nach freier politischer diskussion und kommunikation —

die politische auseinandersetzung, die wir mit allen menschen und gesellschaftlichen gruppen wollen, die hier für eine veränderung kämpfen.

seit mehr als einem jahr sind die politischen gefangenen in spanien ununterbrochen im hungerstreik für ihre wiederzusammenlegung. manuel josé sevillano ist in diesem kampf gestorben. alle gefangenen haben schwere gesundheitliche schäden davongetragen und stehen auf der schwelle zwischen leben und tod.

die spanische regierung und mit ihr allen voran die brd-regierung setzt auf die vernichtung der politischen gefangenen. schon jetzt bedeutet dieser lange kampf gegen die harte haltung materiell für die gefangenen, daß viele bleibende schäden zurückbehalten werden. einige sind z.b. blind geworden. auch das ist ein kalkül und ein weg, politische gefangene auszuschalten, mit dem ziel, die kämpfenden menschen und damit den politischen widerspruch überhaupt zu liquidieren.

die spanischen gefangenen kämpfen um ihr leben, bis sie ihr ziel erreicht haben. es gibt keine alternative. daß der kampf schon so lange dauert, das wissen hier alle, liegt an der politischen bewegung draußen, an jedem einzelnen hier.

die spanischen gefangenen kämpfen gegen die kalte macht, die jetzt an jedem punkt der auseinandersetzung, in allen kämpfen um lebensbedingungen, den menschen gegenübersteht: die harte haltung, auf die alle kämpfe für menschliche lösungen stoßen.

der verlauf dieser auseinandersetzung entscheidet, wie die politische entwicklung insgesamt, für uns alle, weitergehen wird.

mit diesem bewußtsein müssen wir, muß der widerstand den kampf der gefangenen in spanien ganz zu seiner sache machen.

es wird viel geredet über die zugespitzte situation für uns gefangene hier, über '77 und ihre pläne heute, mit den gefangenen auch die politik umzubringen.

das leben der gefangenen zu schützen, andere bedingungen zu erkämpfen, heißt nichts anderes, als klar zu machen, daß ihre pläne die politische entwicklung nicht zurückwerfen können, damit also sinnlos werden. wie es für uns weitergeht und welchen bedingungen wir gegenüberstehen in zukunft, entscheidet sich materiell in den aktuellen kämpfen und entscheidet sich für uns vor allem auch in dem kampf der spanischen gefangenen. ihr kampf ist unser kampf.

sie sind für uns beispiel von mut und entschlossenheit, und ihnen gehört unsere ganze solidarität in diesem langen und harten kampf.

ich möchte zum schluß hier den spanischen gefangenen und den vier gefangenen aus action directe, die seit dem 2. 1. im hungerstreik für die zusammenlegung sind, unsere solidarität, liebe und kraft schicken.

wir sind mit euch!

stammheim, 15. januar 1991

Aktuelles aus den Knästen

Zellenrazzien

Pressemitteilung:
Schon wieder fällt die Bundesanwaltschaft in die Zellen unserer Mandanten ein! 2, 3, 4 Tage lang besetzt sie die Zellen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand in Ossendorf, Preungesheim, Schwalmstadt, Bruchsal, Aichach und Celle!

Am 18.3.91 begann die BAW mit dem Bundeskriminalamt die lang vorbereiteten bundesweiten Zellendurchsuchungen.

Das Mittel für diese Maßnahme hatte die BAW sich bereits im März 1990 geschaffen, als sie über die Konstruktion „Unterhalten eines illegalen Informationssystems der RAF im Knast" zwischen den Gefangenen und zu Leuten draußen ein Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB einleitete und seitdem mit darauf gestützten Durchsuchungsbeschlüssen vom Bundesgerichtshof jederzeit in den Zellen stehen kann.

Die Durchsuchungen jetzt gründen sich auf einen Beschluß vom 3.12.90, der am 11.3.91 vom BGH erneut bestätigt wurde: „Die Durchsuchungsanordnung ist bisher aus im wesentlichen organisatorischen Gründen nicht vollzogen worden. Die Gründe für die Durchsuchungsanordnung gelten gleichwohl fort."

Das Vorgehen der BAW läßt eine neue Variante im Zusammenspiel von Judikative und Exekutive erkennen: den „runderneuerten" und allzeit verfügbaren richterlichen Durchsuchungsbeschluß.

Es hat im Zeitraum von einem Jahr bereits drei, z.T. vier Durchsuchungen mit der Begründung „illegales Informationssystem" gegeben. Die Praxis der auf Halde produzierten Beschlüsse jetzt zeigt, wie die BAW zukünftig gedenkt zu verfahren, um jede politische Diskussion und Initiative zu verhindern.

Seit dem Hungerstreik 1989, wo die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung in große Gruppen und politische Diskussion untereinander und mit Leuten draußen breite gesellschaftliche Unterstützung fand, versucht die BAW verstärkt, jeden Schritt in diese Richtung zu unterbinden. Jede politische Artikulation, die die Anstaltszensur noch passieren konnte, soll durch die Kriminalisierung gestoppt werden. Unsere Mandanten sollen mundtot gemacht werden.

Ganz besondere Aufmerksamkeit fanden bei den Durchsuchungen die Briefwechsel unter den Gefangenen und mit Leuten draußen; Briefe, die durch ein bis zwei Anstaltszensuren gegangen und mitgelesen worden waren.

Schon einmal in den Anstalten drin, durchsuchte das BKA z.T. auch gleich die Zellen von Mitgefangenen, von denen sie annahmen, daß sie Kontakte zu unseren Mandanten haben. Hier wurde auf einen richterlichen Beschluß ganz verzichtet.

In Bruchsal ließ sich das BKA zwei Tage lang in die Zellen einschließen, wo sich die Frage stellt, was treibt das BKA dort, was nicht offen und in Anwesenheit der Gefangenen durchgeführt werden kann.

Der Umfang der Beschlagnahmungen ist für uns noch nicht erkennbar.

Rechtsanwältin Trobitzsch, 23.3.91

Bericht von Christian Klar zu Zensur und Bunker

15.3.91

es ist jetzt schon das zweite mal die b-zelle geworden, wegen der gleichen sache: die kahlschlagmäßig, sadistisch durchgeführte briefezensur. das letzte mal war es noch in stammheim.

wir haben hier schon seit wochen das problem öfters besprochen und den zusammenstoß kommen gesehen. die zensur macht hier der stellvertretende al, bis neulich ist das dresel gewesen. es war unter ihm schon der wahnsinn. den briefen beigelegte texte, zeitschriften, flugblätter und anderes wurden grundsätzlich rausgefischt, durchschläge, kopien, längere zitate, fotos — alles bekommt das etikett „verdacht auf verdeckte nachricht" oder einfach „kein persönliches anschreiben" — zack weg. wenn beispielsweise die christen ihren brief an uns gefangene vervielfältigen, weil sie doch nicht an jeden einzelnen formulieren müssen, bzw. nur teilweise, ist die sache für bruchsal schon umsonst, wird weggefischt, es sei „kein persönliches anschreiben". neulich fand dresel gar rechtschreibfehler verdächtig: zack, brief weg. usw. usw. usw. und schließlich verschwanden vereinzelt briefe auch einfach.

die ganze scheiße läuft natürlich mit feistem grinsen: ihr wißt es, und wir wissen es, die anhalteverfügungen sind nur farce, der zweck ist das ergebnis unterm strich.

vor zwei wochen lief dann der wechsel von dresel zu dagenbach. der kam neu her. und der hat scheints vor, den wechsel zu nutzen, die schraube nochmal ein stück weiter zu drehen. am mittwoch kommt mein brief an eva von der zensur zurück — verfügung: der geht nicht ab, weil dagenbach was nicht verstünde und deshalb „verdacht auf verdeckte nachrichten". eine beanstandung ohne jede konkretion, also praktisch die bedingung, ich soll mal blind so lange umformulieren, bis es dem zensor gefällt. zeitgleich bekam auch carlos einen brief zurück. er hatte eine zeitungsanzeige für eine besondere reissorte auf den brief an seine mutter aufgeklebt, damit sie den ins osterpaket reintut — „verdacht auf verdeckte nachrichten" — carlos dachte erstmal, das aufgeklebtsein stört, weil was drunter sein könnte — rupft die anzeige also wieder vom blatt und fügt sie lose mit heftklammer bei — diesmal geht der brief los, aber die anzeige kommt zurück: „verdacht auf ..." — usw.

carlos hat darauf erstmal die arbeit geschmissen.

die beispiele nur mal, um die preisklasse zu veranschaulichen, die das hier permanent hat. und dagenbach jetzt noch kohlen nachschiebt.

am mittwoch bin ich mit dem zurückgebrachten brief sofort mit den schließern mit vorgelaufen, hab gesagt, ich möchte von dagenbach direkt erklärt bekommen, wo das problem liegt. stelle mich vor die tür, die zum al/dienstleitungsbereich reinführt: bevor das nicht mündlich geklärt ist, läuft nichts mehr von wegen zurück in die zelle.
dagenbach macht daraufhin dicht.

der aufruhr nimmt zu, aber ich hab erstmal aufstecken müssen, weil eine stunde später besuch sein wird.

nach dem besuch werden zwei schließer zu mir geschickt. dagenbach sei jetzt schon weg und für mehrere tage verreist.

nächsten morgen im hof erfahre ich, der sitzt wie immer in seinem büro. schon fast komisch.

ich bin nach dem hof also gleich wieder vor die tür, aufregung entsteht, dagenbach läßt erst verzögern, dann sich wieder verleugnen, schließer rennen, jeder sagt was anderes, es werden immer mehr. bevor sich zu viele versammeln, entschließe ich mich zur protestaktion — mehrere große gefüllte mülltonnen und ein leerer essenwagen gehen im hohen bogen über die reling (das ganze läuft auf der ersten Galerie), ich klopfe nochmal an die tür zum al/dienstleitungsbereich, wobei eine scheibe zu bruch geht.

dann ist das rollkommando auch schon ausreichend vollzählig. solange noch im flügel, schaltet sich ein mitgefangener ein, um schließerprügel zu verhindern. aber auf dem weg zum keller runter und in der b-zelle angekommen läuft dann die bei sowas übliche spezialbehandlung. knierammen in die rippen, haare reißen, die klamotten werden mir vom leib gerissen, dabei werden das unterhemd und das t-shirt vollständig zerfetzt, das handkettchen kaputt, zum schluß, ich bin schon nackt auf den betonboden fixiert, läßt sich der fetteste von allen mit beiden knien in mein kreuz fallen, daß ich glaube, die lungen auskotzen zu müssen. einer krallt seine klauen in meinen hals und „massiert" den nerv unterm ohr mit der 50-kilopont-pro-quadratzentimeter-methode. später ertaste ich noch geschwollene schädelpartien, geschwollene nasenrücken.

die folgenden etwa 22 stunden bleibe ich in der b-zelle eingesperrt, nackt. essen und flüssigkeit weise ich zurück, ausdrücklich für so lange

ich in dem loch sitzen werde. die nacht ist unterkühlt.

ich denke an die genossen, bin sicher, daß sie die zeit in der b-zelle abkürzen werden. am nächsten morgen kurz nach der regulären hofgangzeit werde ich dann auch schon zurück in meinen flügel gebracht. gerade fünf minuten in der zelle, kommen schon günter, carlos und zwei freunde mit freudigem hallo reinmarschiert. normal haben drei von ihnen verbot für diesen flügel. auf dem hof haben sie aber das wiedereinrücken verweigert, bevor ich nicht aus der b-zelle raus bin und sie mich aufsuchen können.

jetzt steht noch der eigentliche „strafrapport" aus, d.h. bei der gelegenheit aber auch dagenbachs mündliche rechtfertigung für seine zensur. der protest jetzt kann da nur der anfang gewesen sein. die zensur ist für hier ein ganz harter punkt. viel mehr praktisch werdende aufmerksamkeit auch von draußen muß noch darauf gelenkt werden.

Öffentlicher Druck beendet das Zwangsabspritzen bei Sven

Sven L., der wegen eines angeblich geplanten Brandanschlages auf ein Meldeamt angeklagt und verhaftet wurde und in Straubing zwangspsychiatrisiert wurde (siehe dazu genauer Info 61 und 62), hatte insgesamt zweimal zwei Placebo-Spritzen verabreicht bekommen. Laut Anstaltsleiter Otto (gegenüber Radio Z), um Svens Reaktion zu testen. Außerdem ist Dr. Schwarz vom Nürnberger Gericht beauftragt worden, ein psychiatrisches Gutachten über Sven zu erstellen. Mittlerweile ist Sven in eine „normale" Zelle in Haus III in Straubing verlegt worden und hat aufgrund der Initiative seiner Anwältin seine Bücher wiederbekommen. Es gab mehrere Kundgebungen vor seiner Verlegung am Knast in Nürnberg und eine Demo zum Straubinger Knast. Bei der Demo am 9.3. nahmen 200 bis 300 Menschen teil. Es gab einigen Hick-Hack mit den B. wegen einer Transparentparole („Reißt die Mauern ein!"). Am 15.3. besetzten Menschen aus verschiedenen Städten in Schleswig-Holstein das Justizministerium in Kiel wegen der Zwangspsychiatrisierung Svens. Durch die gesamte Mobilierung hat sich jetzt Svens Situation gelockert. Im Info Nr. 61 hatten wir den Redebeitrag zu Sven aus Platzgründen leicht gekürzt und hatten beim Setzen vergessen, diese Kürzungen mit Auslassungszeichen kenntlich zu machen. Der Verfasser des Beitrags ist deshalb sauer auf uns, auch weil wir an einem ihm wichtigen Punkt gekürzt haben. Sorry.

Ankündigungen

Prozesse, Veranstaltungen und Termine

Seit dem 5. Januar 1991 läuft ein Auslieferungsantrag der USA gegen den irischen politischen Gefangenen in der BRD, Gerry McGeough. Er soll sich dort vor einem New Yorker Gericht wegen eines angeblichen Waffenkaufes in den USA für die irische republikanische Bewegung im Jahre 1982 verantworten. Zur Zeit läuft noch der Prozeß in Düsseldorf gegen ihn und Gerry Hanratty. Die nächsten Prozeßtermine: 8.4., 14 Uhr; 18.4., 19.4., 25.4., 2.5. und 3.5. jeweils um 9.15 Uhr.

Hamburg. 11.4., Informationsveranstaltung zu Holger Deilkes Prozeß, von Infobüro zusammen mit der Roten Hilfe Hamburg. (Ort und Zeit werden in der taz stehen.)
17.4., 18 Uhr, Knastkundgebung vor dem UG zum Beginn des Prozesses gegen Holger und zum Internationalen Tag des Gefangenen.
18.4., 9 Uhr, 1. Prozeßtag Strafjustizgebäude, Staatsschutzsaal.
23.4., 19 Uhr, Veranstaltung zum Prozeß mit Infos über den bisherigen Verlauf und Beiträgen zu weiterführenden Fragen vom Infobüro für Gefangene Hamburg. (Ort wird in der taz bekanntgegeben.)

Köln. 12.4., 20 Uhr, Öko-Bildungswerk, Herwarthstraße, Video und Berichte zu sozialen Kämpfen und Antikriegsbewegung in der Türkei.

Oberhausen. 17.4., 20.15 Uhr, Drucklufthaus am Förderturm 27 (Nähe Hauptbahnhof), Videofilm zum Frauenknastkampf in den USA, im Hochsicherheitstrakt in Lexington/Kentucky, Interviews mit den gefangenen Frauen und Aufnahmen einer Solidaritätsdemo vor dem Knast. Der Knast wurde 1986 fertiggestellt. 20 Jahre Verhaltensforschung über sensorische Deprivation in Männerknästen der USA sowie die Ergebnisse aus den BRD-Trakten sind die Voraussetzungen für den Bau dieses Isolationstraktes gewesen. Er liegt im Keller des Frauenknastes und hat Platz für 16 Gefangene. Die interviewten Frauen sind politische Gefangene, die zu Höchststrafen verurteilt wurden.

Filmhinweis: „Have you seen La Nueva Revolucionaria Puertoriqueña?" Der Film ist in einem US-Gefängnis aufgenommen worden. Er zeigt Interviews mit puertoricanischen Frauen, die über die Haftbedingungen und den puertoricanischen Unabhängigkeitskampf berichten.
Der Film läuft:
Offenbach. 8.4., 20 Uhr, Infoladen, Frankfurter Str. 63, Hinterhaus.
Mainz. 9.4., 20 Uhr, Haus Mainusch, Uni Campus, Staudinger Weg neben der neuen Mensa (Frauenveranstaltung).
Wiesbaden. 11.4., 20 Uhr, Café Klatsch, Marcobrunnerstraße.
Hanau. 11.4., 20 Uhr, Metzgerstr. 8.
Mainz. 12.4., 20 Uhr, Café Nixda, Frauenlobstr./Rainmundistr.
Frankfurt/Main. 12.4., 20 Uhr, Exzess, Leipziger Str. 123.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Christoph von Hören. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.